

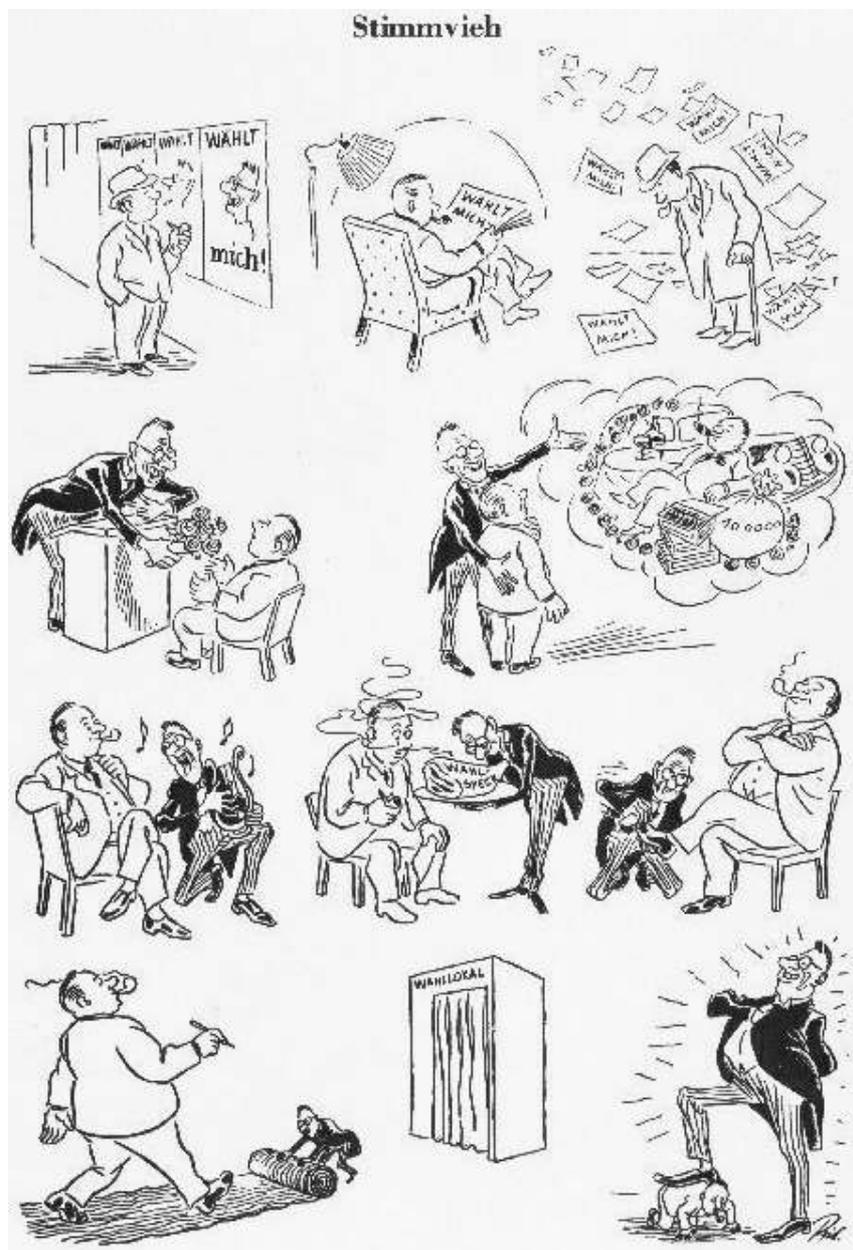
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
43. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.2/2009 1,-- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

AKTIVER WAHLBOYKOTT !



STIMMT UNGÜLTIG !

Zum Tode von Genossen

Wolf-Jürgen Herzog

Die Schwachen kämpfen nicht.
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang.
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre.
Aber die Stärksten kämpfen ihr Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.

B. Brecht

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Bestürzung und in tiefer Trauer teilen wir euch mit, dass Genosse Wolf-Jürgen Herzog (Kafka) in der Nacht von Freitag, dem 22. Mai auf Samstag, den 23. Mai verstorben ist.

Mit Genossen Wolf-Jürgen Herzog verlieren die Marxisten-Leninisten in Deutschland einen langjährigen und erfahrenen Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse, einen hervorragenden Genossen, der sich um die Sache des Kommunismus auf überaus vorbildliche Weise verdient gemacht hat.

Genosse Wolf-Jürgen Herzog war über Jahrzehnte politisch aktiv in der KPD (Roter Morgen) und an führender Position tätig. Er kämpfte für den Aufbau einer Kommunistischen Partei und sammelte viele Erfahrungen, die er den Genossinnen und Genossen weitergab.

Seit mehr als einem Jahr führen die KPD (Roter Morgen), die KPD/ML (Roter Stern) und die Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei (Arbeit Zukunft) Gespräche, wie die Spaltung der Marxisten-Leninisten überwunden werden kann. Eine Reihe erfolgreicher gemeinsamer Aktionen und Aufrufe waren das Ergebnis. "Kafka" hatte hieran maßgeblichen Anteil.

Genosse Wolf-Jürgen Herzog war ein vertrauenswürdiger und offener Genosse, der diesen Prozess für die Überwindung der Spaltung der Marxisten-Leninisten in Deutschland aktiv vorantrieb. Wir übermitteln der Familie und den Hinterbliebenen des Genosse Wolf-Jürgen Herzog unsere aufrechte Anteilnahme.

Den Genossinnen und Genossen der KPD (Roter Morgen) wünschen wir Kraft, diesen Tod in einen Antrieb für ein Voranschreiten auf dem eingeschlagenen Weg der solidarischen Zusammenarbeit mit dem Willen zur Einheit umzuwandeln.

ZK der KPD/ML



Wolf-Jürgen Herzog (rechts) beim Arbeiter-Theater-Festival

Aus RM 8/78, S. 9:

Agit-Prop-Truppe Bochum (spätere "Pfeffermühle"): "Seit Anfang Januar 1978 gibt es bei uns einen richtigen AP-Trupp. Wir haben uns sofort mit viel Begeisterung an die Arbeit gemacht. Die nächste Aufgabe für die Partei lag vor uns: Vorbereitung des 30. Januar, Kampftag gegen Reaktion und Faschismus. Also schrieben wir ein Stück zur Faschisierung; ein Stück über einen Faschingsball der oberen Zehntausend, bei dem zwei Staatsanwälte auftreten - einer in SS-Uniform, einer liberal aufgemacht. In der Unterhaltung der beiden wird klar, daß beide im Grunde dasselbe wollen und der Hitler-Staat und unsere heutige 'Demokratie' dieselben Grundlagen haben... Am Samstag vor zwei Wochen ging's dann los: Bei einem Stand in der Herner Innenstadt wurde unser Stück zum ersten Mal aufgeführt. Und der Erfolg war für's erste nicht schlecht: Rund 20 Leute blieben die ganze Zeit über (gut zehn Minuten) trotz eisigem Sturm stehen, zeitweise guckten 70 Menschen zu. Rund zehn 'Rote Morgen' wurden verkauft, und ein ausländischer Kollege drückte uns seine Bewunderung aus und gab uns seine Adresse. Am folgenden Montag hörte sogar ein Genosse in einem Herner Krankenhaus, wie sich zwei Kollegen über das Stück unterhielten." Einer der beiden Spieler war "Kafka". Mit diesem Stück trat die "Pfeffermühle" noch bei zahlreichen Veranstaltungen auf.

Bundestagswahlen 2009 - Aktiver Wahlboykott! Stimmt ungültig!

“Diesem System keinen Mann und keinen Groschen”

(August Bebel, Mitbegründer und Vorsitzender der SPD bis 1912)

“...wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? wodurch wird sie kontrolliert? wodurch gestärkt? Erstens durch das Klassenbewusstsein der proletarischen Avantgarde und ihre Ergebenheit für die Revolution, durch ihre Ausdauer, ihre Selbstaufopferung, ihren Heroismus. Zweitens durch ihre Fähigkeit, sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nichtproletarischen werktätigen Massen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen. Drittens durch die Richtigkeit der politischen Führung, die von dieser Avantgarde verwirklicht wird, durch die Richtigkeit ihrer politischen Strategie und Taktik, unter der Bedingung, daß sich die breitesten Massen durch eigene Erfahrung von dieser Richtigkeit überzeugen. Ohne diese Bedingungen kann in einer revolutionären Partei, die wirklich fähig ist, die Partei der fortgeschrittenen Klasse zu sein, deren Aufgabe es ist, die Bourgeoisie zu stürzen und die ganze Gesellschaft umzugestalten, die Disziplin nicht verwirklicht werden.”

Wladimir Iljitsch Lenin

Warum wählen?

Das fragen viele Kollegen! Wer die Wahl hat, hat die Qual. Wer wählt - der wird hinterher gequält. Denn zahlen müssen wir!

Da haben wir keine Wahl mehr!

Doch, die haben wir! Wir müssen den außerparlamentarischen Klassenkampf wählen!

Die jetzige Regierung hat in den letzten Jahren einen radikalen Umbau der gesellschaftlich-sozialen Verhältnisse in der BRD durchgeführt. Sie bauten die BRD um: weltweite militärische Kampfeinsätze, ein Überwachungs-, Kontroll- und Spitzelstaat, Sozialraub auf allen Ebenen - und eine daraus folgende Umverteilung zu Lasten der Bevölkerung zugunsten der Reichen, der Klasse der Monopolbourgeoisie.

Der Sozialraub ist aber erst der Anfang. Offen werden weitere, tief greifende Einschnitte in die Sozial- und Arbeitssysteme angekündigt.

Die Wut auf die politischen Vertreter der herr-

schen Klasse wächst.

Traditionell hat die Sozialdemokratie die Aufgabe als “Opposition” zu wirken. Sie “verkaufte” sich gern als die Partei des “kleinen Mannes/Frau”.

Weshalb ist die Sozialdemokratie aber gezwungen alle ihre Schandtaten so offen zu verteidigen und den ‘Mut zur Unpopularität’ aufzubringen?

Der erreichte Stand der Kapitalkonzentration, die weitere Verschärfung der Widersprüche im Inland sowie international zwingen die SPD diesen Weg einzuschlagen. Die SPD hat sich dadurch vor der breiten Masse entlarvt. Das Ansehen, das Vertrauen in den bürgerlichen Parlamentarismus ist aber generell in der Bevölkerung rasant geschwunden.

Die Montagsdemonstrationen waren nur der offen, sichtbare Ausdruck der Ablehnung der “Politik des Umbaus”.

Die kommenden Raubzüge werden alle dagewesenen “Reformen” in den Schatten stellen.

Wer wird diese im Interesse des Kapitals notwendigen Umverteilungen durchführen. Und wer kann sie “erklären” und den Sozialfrieden einigermaßen beibehalten?

Impressum:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

Kontakt zur Partei, zu Redaktion und Vertrieb:

Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

Es scheint, dass die SPD diese Aufgabe nicht mehr durchführen kann. Sind es Ermüdungserscheinungen?

Ein Zurück in die Rolle einer Systemerhaltenden Opposition ist ausgeschlossen. Vorerst! Da kommt diese "Linkspartei-PDS" gerade recht. Sie verbreitet Illusionen in den Kapitalismus. Propagiert seine "positiven" Seiten und sie wollen die Menschen an das System binden.

(Petra Pau/PDS: "Wir haben hier in Berlin bewiesen, daß wir den Kapitalismus verwalten können - und zwar besser als andere ...")

Die Ursachen der heutigen Krise

Die Produktivität steigt ständig. Die Werktätigen stellen in immer weniger Zeit immer mehr Produkte her. Das könnte enorme Vorteile bringen: Alle könnten kürzer arbeiten, das gesamte Sozialsystem könnte ausgebaut werden, das Rentenalter drastisch gesenkt

werden usw. Im Kapitalismus ist das Gegenteil der Fall: Die Reallöhne sinken, und die Arbeitslosigkeit steigt. Liegt das nur an einer falschen Politik der Regierung?

Nein! Zweck der Produktion ist im Kapitalismus nicht die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern die Erwirtschaftung von (Maximal) Profiten.

Je größer die Zahl der Arbeitslosen, desto höher die staatlichen Ausgaben im Sozialbereich. Die Monopole, die Banken wiederum verlangen vom Staat Subventionen, Förderungen um ihr Profitsystem am Leben zu erhalten. Der mörderische Konkurrenzkampf im In- und Ausland fordert immer mehr Unterstützung vom Staat. Der Staat wiederum kürzt Sozialleistungen. Alle Bundesregierungen haben so agiert. Die wachsenden Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise erzwingen, dass der Staat immer mehr in die Wirtschaft eingreift zugunsten der Monopole, der Banken. Die Rentenkassen, die Arbeitslosenversicherungen usw. werden geplündert im Interesse des Systemerhalts! D.h. eine Zukunft im Kapitalismus wird weitere Angriffe,

Einschnitte und Verelendung für uns bringen.

Wir Kommunisten sind nicht prinzipiell gegen eine Wahlbeteiligung. Aber da wo links draufsteht, muss nicht links drin sein! Diese so genannte Linkspartei/PDS ist eine Partei, die als Arzt am Krankenbett des Kapitalismus agieren will. Sie verbreitet Illusionen, wirkt als Aufsaugbecken der Unzufriedenen und wird versuchen diese in das System einzubinden.

Die Wahl ist kurz - die Reu ist lang!



Ja, wen sollen wir denn wählen? Wir haben doch keinen Einfluss auf die Politik!

Und das liegt nicht an den einzelnen Parteien, auch nicht an den Abgeordneten, wie korrupt und verlogen sie auch sein mögen. Man kann sie weder abwählen, noch zur Rechenschaft ziehen. Die Politik

wird nicht in der Berliner Schwatzbude gemacht, sie wird gemanagt in den Ausschüssen, den Konzernbüros und den Direktionssetagen der großen Banken.

Wählen ändert daran überhaupt nichts!

Wahlen bedeuten auch eine Bilanz der aktuellen Bewusstseinslage der breiten Volksmassen. Der bürgerliche Parlamentarismus basiert auf Betrug, auf kleine Zugeständnisse. Aber in erster Linie auf Betrug! Eine der Stärken des bürgerlichen Parlamentarismus ist die, dass sie Illusionen in ihr System verbreitet. Die Wähler haben die Macht die politische Richtung zu bestimmen, so der Tenor aller systemerhaltenden Kräfte. Diese Illusion wird tagtäglich verbreitet. Deshalb auch diese vorgezogenen Wahlen. Die weiteren Einschnitte der Arbeits- und Sozialsysteme werden dann als "des Wählers Wille" propagiert. Diese Wahl ist deshalb letztlich eine politische Farce.

Ehrlich, Kolleginnen und Kollegen, wie lange wol-

len wir uns eigentlich noch auf den Arm nehmen lassen? Immer größer wird die Zahl derer, die bewusst die Wahl boykottieren.

Wir schlagen euch vor: Boykottiert aktiv diese Wahl im September! Geht ins Wahllokal und stimmt ungültig!

Kämpfen statt wählen! Wählt den außerparlamentarischen Kampf!

Wahlen haben etwas mit dem Bewusstseinsstand zu tun - zeigen wir der herrschenden Klasse: Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!

Nach den Wahlen kommt das Zahlen - die Vertreter der herrschenden Klasse reden jetzt schon ganz offen davon, daß die "Endlösung" für Opel bis nach den Wahlen verschoben wird...

WIR BRAUCHEN DEN SOZIALISMUS!

Nicht diese "Reformen" brauchen wir, die uns doch nur weiter ins Elend bringen. Kein herumgedoktere am System Marktwirtschaft (Kapitalismus), sondern eine neue Gesellschaft brauchen wir: Den Sozialismus/ Kommunismus!

"Aber der Sozialismus funktioniert doch nicht", hören wir immer wieder. Und tatsächlich haben wir eine Niederlage erlitten. Aber auch der Kapitalismus hat historisch nicht in einem Anlauf gesiegt, sondern viele Versuche gemacht, bis er seinen Vorläufer, den Feudalismus, endgültig besiegt hatte.

Nicht funktioniert hat dieser "Sozialismus" der Herren Honecker, Mielke und Co. der sang und klanglos in den klassischen Kapitalismus überging. Eine ihrer "größten Erfolge" war es Verwirrung und Konfusion zu schaffen in Punkto Sozialismus. Die DDR ist nicht an zuviel, sondern im Gegenteil an zu wenig Sozialismus untergegangen. 1989/90 schwa-

dronierten viele Bürgerrechtler "die DDR war gar nicht sozialistisch". Richtig! Sie war eine Übergangsgesellschaft: weder Sozialismus noch klassischer Kapitalismus. Und diese m u s s t e untergehen!

Der Klassenkampf wird darüber entscheiden, in welche Richtung sich ein sozialistisches Deutschland entwickeln wird. Die klassenlose Gesellschaft kann nur durch die gesellschaftliche Bewegung der Werktätigen entstehen.

Dazu ist es aber erforderlich eine Partei zu haben, die bewusst, planmäßig und auf wissenschaftlicher Grundlage eine führende Rolle in der gesellschaftlichen Umgestaltung einnimmt. Nicht auf Beschluss oder Gesetz steht die Partei an der Spitze, sondern sie muss tagtäglich darum kämpfen, dass sie bei der Umgestaltung der Gesellschaft an der Spitze steht. Karrieristen, Pöstchenjäger, Bürokraten dürfen nicht geduldet werden. Die gewählten Organe haben keine Privilegien. Ihr Gehalt entspricht dem eines Facharbeiters. Sie sind rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar. Eine bestimmte Zeit müssen sie auch mit den Werktätigen gemeinsam in der Produktion arbeiten. Sie kommen aus unseren Arbeiterreihen und gehören zu uns. Ein Leben im Elfenbeinturm a la Wandlitz bzw. der heutigen Parteienbonzen wird und muss verhindert werden.

Das ist die Perspektive die wir als Werktätige haben!

* * * * *



Die wichtigsten Entscheidungen eines Abgeordneten werden meist außerhalb des Plenarsaal gefällig...

“Der 10. März (1850 in Frankreich) war eine Revolution.

Hinter den Wahlzetteln liegen die Pflastersteine.”

Mit diesem Zitat von Karl Marx aus “Die Klassenkämpfe in Frankreich” (MEAW 1, S. 206) möchten wir unsere Auffassungen zur Teilnahme an bürgerlichen Parlamentswahlen heute einleiten.

Die Diskussion, ob und wie Kommunisten heute sich an bürgerlichen Wahlen beteiligen sollen, ist nicht neu. Für uns ist völlig klar, daß in den Zeiten vor Wahlen die politische Aufmerksamkeit der Menschen größer ist als sonst, so daß es sich von selbst versteht, daß Kommunisten diese günstige Situation nutzen, um ihre Ansichten zu verbreiten. Diese Art der Wahlteilnahme steht nicht in Frage. Doch wie steht es mit der aktiven Teilnahme der Partei an Bundestagswahlen? Wir lehnen sie seit vielen Jahren ab und sind gewohnt, daß man uns dann Aussagen von Lenin entgegenhält.

Diesmal wurde - für uns überraschend - gegen unsere Position ein Zitat von Karl Marx aus dem Jahre 1850 ins Feld geführt, “...dass überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, ...deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen.” (Marx/Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März 1850).

Marx 1850 - Lenin 1919 im “Linken Radikalismus” - wir heute 2009; drei Daten, die fast 160 Jahre auseinanderliegen - man kann sich denken, daß man da nicht so einfach etwas automatisch übertragen kann. Konkrete Analyse einer konkreten Situation - das ist eine Arbeitsweise von Marx/Engels und Lenin gewesen, um sie bemühen wir uns auch.

1850, zwei Jahre nach der 1848-Revolution, in der es um die Erkämpfung der bürgerlichen Demokratie gegen den Feudalismus ging - eine Phase, die längst abgeschlossen ist...

1919 verpflichtete Lenin die Kommunisten z.B. in Deutschland zum eigenen Kampf auf der bürgerlichen Parlamentsbühne. Lenin zeigte auf, daß der bürgerliche Parlamentarismus 1919 historisch überholt war, wies aber auch darauf hin, daß das nicht bedeutete, daß er auch politisch überholt war. Solange maßgebliche Teile der Arbeiterklasse den “Junkern und Pfaffen” hinterherlaufen, ist der bürgerliche Parlamentarismus politisch noch nicht überwunden. Um 1919 kämpfte die Arbeiterklasse

in Deutschland (und natürlich auch die Kommunisten) mit der Waffe in der Hand um die politische Macht. Diese Kämpfenden forderte Lenin auf, **auch** auf der Parlamentsbühne zu kämpfen mit dem Ziel, den bürgerlichen Parlamentarismus auch politisch zu beseitigen.

Und heute? Von einem Kampf auf der Straße kann kaum die Rede sein, die parlamentarischen Illusionen sind groß - nicht nur unsere Partei bemüht sich seit Jahren, die Notwendigkeit des außerparlamentarischen Kampfes deutlich zu machen. Die wenigen Erfolge, die erzielt wurden, wurden “auf der Straße” erzielt - denken wir an die Anti-AKW-Kämpfe, die den Bau so manches Atomkraftwerkes zumindest lange Zeit verhinderten.

Wenn die Wahlbeteiligung fast bei jeder Wahl sinkt, ist das unseres Erachtens ein Zeichen dafür, daß die Illusionen der Menschen in den bürgerlichen Parlamentarismus sinken; es ist ein Stückchen näher an die politische Überwindung des bürgerlichen Parlamentarismus heran, die Lenin forderte. Das ist eine Entwicklung, die wir begrüßen und nach Kräften unterstützen müssen. “Hinter den Wahlzetteln liegen die Pflastersteine”, sie gaben den Stimmzetteln in Frankreich 1850 Gewicht. Hinter den Stimmzetteln der kommenden Bundestagswahl liegen keine Pflastersteine, entsprechend ist ihr Gewicht.

Noch etwas anderes: Marx, Lenin, auch Stalin haben kommunistische Organisationen zur aktiven Wahlteilnahme aufgefordert, die organisatorisch in der Lage dazu waren, das umzusetzen. Welche der zahlreichen kleinen sich kommunistisch verstehenden Parteien oder Gruppen ist dazu heute in der Lage? Uns ist nicht bekannt, daß Marx, Lenin usw. solche organisatorisch schwachen Parteien dazu aufgefordert hätten, dann zur Wahl des berüchtigten “kleineren Übels” aufzurufen. Außerdem: Marx hat im eingangs erwähnten Zitat gefordert, Arbeiterkandidaten aufzustellen - wie viele Proletarier kandidieren denn z.B. für die Linkspartei?

Und weiter: auch der Bourgeoise sind die Ratschläge und Auffassungen der Führer des wissenschaftlichen Sozialismus bekannt - sie haben natürlich ihre Vorkehrungen dagegen getroffen.

Zum Schluß: In mehreren Bundestagsparteien, sogar in der CDU, gibt es einzelne Leute, deren Arbeit wir zumindest auf Einzelgebieten begrüßen, die meisten von ihnen sind in der Linkspartei, das ändert jedoch nichts daran, daß auch dort die Opportunisten das Sagen haben.

Rassismus ächten - Nazismus bekämpfen!

Aufruf zum Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg

am Sonntag, den 13. September 2009, 13 bis 18 Uhr auf dem Bebelplatz Berlin

Erinnern - Gedenken - Handeln

Zum 70. Mal jähren sich in diesem Jahr der Überfall auf Polen und damit der Beginn des Zweiten Weltkrieges - eines Krieges, den das NS-Regime



vor allem in Polen und der Sowjetunion als einen beispiellosen Vernichtungskrieg führte. Der Beginn des Krieges war zugleich Auftakt für die millionenfache Verschleppung von Zwangsarbeitern aus dem besetzten Europa und für das bis heute singuläre Verbrechen der Shoa, den millionenfachen Mord an den europäischen Juden.

Wir treten ein für eine lebendige Erinnerung an die Millionen Opfer des Faschismus und ein Gedenken, das jede Relativierung und jede Gleichsetzung mit der Zeit nach 1945 ausschließt - sei es in Form eines "Zentrums gegen Vertreibung" oder in Gedenkstättenkonzeptionen von 1933 bis 1989 in Bund und Ländern. Die Verbrechen des Naziregimes sind ein immerwährender Stolperstein. Sie bleiben Mahnung und Auftrag für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen, für Abrüstung und gegen jedwede Waffengänge.

Neofaschistische Gruppierungen preisen noch heute den Zweiten Weltkrieg als heldenhaften Waffengang. Wir fordern ein Ende der alljährlich im bayrischen Mittenwald als "Traditionspflege" verharmlosten Treffen des Kameradenkreises der Gebirgsjäger - Wehrmachts-Einheiten, die während des Zweiten Weltkrieges zahlreiche Kriegsverbrechen in den besetzten Ländern begingen und Morde an Zivilisten und Zerstörungen ganzer Dörfer verantworten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass endlich die NS-Urteile wegen "Kriegsverrats" aufgehoben werden. Wir treten ein für die Rehabilitierung und Entschädigung aller Opfer des deutschen Faschismus im In- und Ausland.

Die NPD verbreitet - aus Steuermitteln finanziert - ihren braunen Ungeist, oftmals von der Polizei geschützt. Die NPD ist Ideengeber und Werteträger für gewaltbereite Nazis und Zentrum neofa-



schistischer Aktivitäten. Wir unterstützen alle zivilgesellschaftlichen Aktionen, auch des zivilen Ungehorsams, Nazis entgegenzutreten, ihnen keine öf-

fentlichen Räume, keine Straßen und Plätze zu überlassen. Die politische und juristische Ächtung des Nazismus verlangt auch, neofaschistische Organisationen zu verbieten.

Am Tag der Erinnerung und Mahnung streiten wir für ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache, Religion und Hautfarbe, mit verschiedenen Lebensentwürfen und Überzeugungen. Damit wissen wir uns in Übereinstimmung mit den Überlebenden der Zuchthäuser und Konzentrationslager. Sie begründeten 1945 die Tradition, den zweiten Sonntag im September als Gedenktag für die Opfer des Faschismus zu begehen.

Kontaktbüro:

c/o Berliner VVN-BdA
 Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
 Tel: 030 29 78 41 78/74
 Fax: 030 29 78 43 78
 E-Mail: info [AT] tag-der-mahnung.de

Spendenkonto:

VVN-BdA Berlin
 Postbank Berlin
 Kto-Nr: 315904105
 BLZ: 10010010
 Stichwort: 14. September 2008
Eine Spendenquittung wird auf Wunsch ausgestellt.

Auftakt mit Fahrradkorso **ab 11 Uhr** in der **General-Papen-Straße, Ziel Bebelplatz / Unter den Linden**

* * * * *

Aufruf

Dortmund stellt sich quer! Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Bundesweite antifaschistische Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 5. September 2009 in Dortmund

Zum 5. Mal in Folge wollen Faschisten anlässlich des Antikriegstages durch Dortmund marschieren. Für den 5. September mobilisieren sie europaweit zu einem "nationalen Antikriegstag" in die Ruhrgebietsmetropole. Mittlerweile hat sich der Aufmarsch zu einem der wichtigsten Events der so genannten "Autonomen Nationalisten" bundesweit entwickelt.

In den letzten Jahren haben sich die Übergriffe auf Migranten und linke Jugendliche, auf linke Buchläden und Zentren, auf die Wohnungen von Antifaschist/innen gehäuft. Die Brutalität des geplanten Übergriffs von 400 Neonazis auf die 1.Mai-Demonstration des DGB, unter der vor allem kurdische und türkische Gewerkschafter zu leiden hatten, zeigt, in welchem Umfang und mit welcher Zielrichtung die Neonaziszene sich in Dortmund entwickelt hat. Die Ziele des 1. Mai wie die des Antikriegstages, der Kampf um Arbeiterrechte, um internationale Solidarität und Frieden sind ihnen zutiefst verhasst.

Die Nazis sagen, Dortmund sei ihre Stadt. Wir sagen: Niemals!

Polizei und Politik haben ihren Anteil am Erstarken der Rechten, indem sie das Problem seit Jahren verharmlosen. Das, obwohl seit dem Jahr 2000 vier Morde auf das Konto der Neonazis gehen: 3 Polizisten wurden von dem Neonazi Michael Berger erschossen, der Punker Thomas Schulz von einem jugendlichen Neofaschisten erstochen. Die Polizei blieb ihrer Linie treu: Die Demonstrationen der Nazis ermöglichen, die antifaschistische Gegenwehr behindern.

Die Aufmärsche der Nazis zum Antikriegstag sind eine Provokation wie ihre Aufzüge am 1. Mai. Der Antikriegstag erinnert an den faschistischen Überfall der Nazis am 1. September 1939 auf Polen, der Beginn eines Raub- und Vernichtungskrieges, der die Welt in Brand steckte und über 50 Millionen Tote hinterließ. Bereits in den letzten Jahren zogen Neonazis mit der Losung "Nie wieder Krieg!" durch Dortmunds Straßen. Sie fügten hinzu: "Nach unserem Sieg!" - also dem Sieg des "Nationalen Sozialismus", des Nationalsozialismus.

Die deutschen Neonazis stehen eindeutig in der Tradition der NSDAP. Sie bejubeln den beispiellosen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion mit 17 Millionen toten Zivilisten ebenso wie die barbarische Massenvernichtung der Juden. Sie leugnen die Verbrechen der Wehrmacht und der SS. "Unser Großvater war ein Held!" stand auf einem ihrer Transparente.

Mit sozialer und antikapitalistischer Demagogie versuchen diese als "Friedensengel" zu punkten und zielen in Zeiten von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und Existenzangst auf Menschen im Angesicht sozialen Abstiegs. Dagegen hilft Aufklärung über den Zusammenhang von Kapitalismus, Faschismus und Krieg. Kein Fußbreit den Geschichtsfälschern!

Uns Antifaschisten mit unterschiedlicher politischer Herkunft, mit unterschiedlichen Ideen und Ansichten, jung und alt eint der Schwur von Buchenwald: "Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel." Ihm fühlen wir uns politisch verpflichtet. Wir verurteilen und bekämpfen die aggressive Kriegspolitik Deutschlands, der USA und der NATO ebenso wie die rassistischen, islamfeindlichen und antisemitischen Aktionen der Neonazis und den staatlichen Rassismus. Wir rufen alle Kriegsgegner und Antifaschisten auf, sich am 5. September an der Demonstration des Bündnisses "Dortmund stellt sich quer!" zu beteiligen.

Der Antikriegstag gehört uns!

Wenn Nazis marschieren, ist Widerstand Pflicht!

Lasst uns einen Aufmarsch der Rechten am 5. September gemeinsam verhindern!

**Bundesweite antifaschistische Demonstration
des Bündnisses "Dortmund stellt sich quer!"
Treffpunkt: 10 Uhr, Dortmund Hauptbahnhof**

“Luckenwalde war schon immer rot!”

(Zum Roten Antikriegstag am 1. September)



Der 1. September 1939 in Berlin am Wilhelmplatz, vor der alten Reichskanzlei - stramme Haltung ja, aber Begeisterung? Foto: RS-Archiv

Am 1. September vor 70 Jahren begann mit dem Nazi-Überfall auf Polen “offiziell” der zweite Weltkrieg. Sein eigentlicher Beginn jedoch liegt früher, worauf schon Erich Weinert hinwies mit seiner Aussage “In diesem Land fing der Weltkrieg an.” Er meinte den von den italienischen und deutschen Faschisten unterstützten Überfall Francos auf die Spanische Republik. Genau genommen könnte man sogar noch früher ansetzen, beim Überfall Japans auf die Mandschurei, auf China, beim Überfall Italiens auf Nordafrika, auf Albanien... Die damalige Situation erinnert beklemmend an heute, wo die imperialistischen Mächte - Deutschland eingeschlossen - immer neue Einzelkriege beginnen.

Zu Beginn des ersten Weltkriegs herrschte unter großen Teilen der deutschen Bevölkerung eine euphorische Stimmung. Zu Beginn des zweiten Weltkrieges war das deutlich anders. Es gibt eine Tonbandaufzeichnung eines Wutausbruchs Hitlers - wenn wir richtig informiert sind, aus dem Jahre 1936 - bei dem er ins Mikrofon heulte: “Mit diesem Volk kann ich keinen Krieg führen!”

Der Krieg war aber im Interesse der deutschen Bourgeoisie unbedingt notwendig, denn z.B. mit der verstärkten Rüstungsproduktion sollte die Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden. Das gelang auch, doch die Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung ließ immer noch zu wünschen übrig. Am 1. September 1939 wurde um 10 Uhr morgens verkündet: “Ab 4 Uhr 30 wird zurückgeschossen!”

Jubel brachte das kaum ein. Auch die Blitzsiege der nächsten zehn Monate über Polen, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Dänemark, Norwegen, Frankreich... änderten daran nicht viel. Ein Beleg dafür ist das unten abgebildete Foto aus Luckenwalde im Spreewald, das wir schon einmal veröffentlichten. Der Hintergrund, so wie wir ihn rekonstruieren konnten:

Die Reitertruppe (10. Bataillon) war vor Kriegsbeginn bei Luckenwalde stationiert und wurde dann in Frankreich in Elsaß-Lothringen eingesetzt mit vorübergehendem Quartier in Loromontzey. Nach der Etablierung des Vichy-Regimes Ende Juni 1940 kehrte die Reitertruppe nach Luckenwalde zurück. Das Foto zeigt die Siegesparade “unserer Helden” Anfang Juli 1940 durch Luckenwalde. Nicht zu verkennen ist: trotz all der Blitzsiege und den ausgehängten Hakenkreuzfahnen ist bei der Bevölkerung nicht das geringste Zeichen irgendwelcher Begeisterung zu sehen.



“Siegesparade” Juli 1940 durch Luckenwalde

Durch die Straße, durch die damals die Nazieinheiten zogen, zogen übrigens im Mai dieses Jahres die Neonazis mit einem Aufmarsch. Sie erdreisteten sich sogar, den schon vielfach von Reaktionären mißbrauchten Satz von Rosa Luxemburg über die Freiheit des Andersdenkenden für sich zu benutzen - in unseren Augen politischer Kannibalismus. Doch die Neonazis holten sich auch diesmal bei der Bevölkerung eine deutliche Abfuhr - “Luckenwalde war schon immer rot”, wie ein junger Genosse uns stolz mitteilte.

Ein Feldpostbrief, der mich prägte

Karl Späth, Luckenwalde

Am 31. Januar 1938 wurde ich im Berliner Wedding geboren.

Hier, an der Prinzenallee - Nähe Soldiner Straße, wohnte meine Mutter, mein Vater und meine Großmutter in einem schlichten Häuschen, nicht weit von der Panke.

Großmutter verdiente sich mit Näh- und Schneiderarbeiten etwas Geld - Mutter war zu Hause. Mein Vater als gelernter Maschinenschlosser war zunächst Arbeitslos, später dann als Gelegenheitsarbeiter auf dem Bau und wieder etwas später mit der Anstellung bei der Firma Hasse & Frede Berlin tätig. Gerade in der Zeit, als mein Vater als Facharbeiter in der Metallbranche Arbeit gefunden hatte und sich die finanzielle Situation der Familie zu festigen begann, wurde er zum Arbeitsdienst auf der Insel Amrum und danach an die Ostfront (Nähe Heiligenbeil) als Richtschütze eingezogen.

Als er verabschiedet wurde, war er ein lebensfroher, gesunder Mann. Bei der Rückkehr nach dem Krieg hatte er kein Augenlicht mehr.

Natürlich war ich als Kind damals nicht in der Lage, die großen Zusammenhänge zu begreifen, die Ursache dafür waren, junge Männer in ihren besten Jahren in einen Krieg zu schicken für "Führer und Vaterland", die sich dann mit "Gott mit uns" am Koppelschloß zum Krüppel oder totschießen ließen.

Dieses Bild meines kriegsblinden Vaters ließ mich die ganzen Jahre nicht mehr los und bewirkte ein ständiges Nachdenken über die Ursachen bzw. Absichten imperialistischer Kriege.

Die aufgeklärte, bewusste Bevölkerung weiß inzwischen, wofür die jungen Soldaten ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben - aufs Spiel setzen mussten.

Und - wie mir scheint, wiederholt sich dieses Ränkespiel von Neuem. Mögen sich viele Leser, hauptsächlich junge, über den authentischen Brief meines Vaters an meine Mutter gründlich Gedanken machen, für wessen Interessen sie den Kopf hinhalten.



Abschrift: Aus dem Felde 25.03.1945

Mein liebstes Dorchen!

Die Zeilen, die Du liest, kosten für Dich jetzt ein paar Minuten Nerven.

Sei deshalb stark und handle so, wie Du es immer getan hast.

Das Schicksal hat mir grausam mitgespielt. Durch ein Granatwerfer Volltreffer verlor ich mein Augenlicht.

Ich bin der unglücklichste Mensch auf Erden, um mich herum ist Nacht und dennoch ist in meinem Herzen ein Lichtschimmer, wo ihr "Drei" für immer bei mir bleibt.

Ich danke dir für all die schönen Stunden, für die Jahre, wo wir glücklich waren und deshalb sei mir bitte nicht böse, wenn ich zu Dir sage: "Ein zurück gibt es für mich nicht mehr!" Du sollst mich nicht als Anhängsel haben, denn wo Kinder sind ist, Arbeit und da bin ich nur im Wege.

Nun sei tausendmal gegrüßt und geküsst und alles Gute für die Zukunft wünscht dir und den Kindern

Dein

Walter

Anmerkung: Da mein Vater 100 Prozent kriegsblind wurde muss er diesen Brief jemandem diktieren haben.

Der DGB ruft...

Über die Großdemonstration in Berlin am 16. Mai 2009



Gründe, mit dem DGB oder mit seinen Einzelgewerkschaften unzufrieden zu sein, gibt es leider genug. Wir nennen nur ein Beispiel: der DGB verweigerte den Aufruf zu den Demonstrationen am 28. März diesen Jahres in Berlin und Frankfurt. Begründung: Hinweis auf die geplante Mai-Demonstration und die Behauptung, man könne den Kolleginnen und Kollegen nicht in so kurzer Zeit (immerhin fast zwei Monate !) zwei Großdemonstrationen zumuten. Die Kapitalisten muten den Kolleginnen und Kollegen einiges mehr zu...

Was macht man nun als Kommunist mit dem Aufruf solch eines durchaus zu kritisierenden gelben Gewerkschaftsapparates zur Demo in Berlin?

Wir greifen auf eine ähnliche Situation aus der Zeit

des Kampfes der Friedensbewegung gegen die geplante Stationierung von Atomraketen auf deutschem Boden zurück. Die Friedensbewegung mobilisierte damals auf zahlreichen Großdemonstrationen Millionen Menschen gegen diese Pläne. Das ließ die damalige Raketen-Fan-Regierung um Kohl, Genscher, aber auch Schmidt nicht ruhen, sie rief ihrerseits zu einer "Friedensdemonstration" in Berlin auf. Was tun? Kann ich als Mitglied der Friedensbewegung zu einer Demonstration gehen, die von denjenigen organisiert wird, gegen die ich politisch kämpfe? Wir denken, jeder wird verstehen, daß es da große Bedenken gab und viele ehrliche Menschen und auch Organisationen dazu nicht bereit waren. Und was passierte?

In Berlin kamen nach offiziellen (!) Angaben 350.000 Menschen zusammen - ein Erfolg für die Atomraketenfreaks? Keineswegs! Der absolut größte Teil der Demonstrationsteilnehmer lief mit Parolen und Transparenten wie "USA-SA-SS" und "Die Kriegstreiber sitzen in Bonn un Washington!" durch Berlin. Der Schuß war für die Organisatoren nach hinten losgegangen und die zunächst verständlichen Bedenken der Mitglieder der Friedensbewegung hatten sich als unbegründet und falsch herausgestellt.

Nun rief zum 16. Mai der DGB nach Berlin auf für einen utopischen "Sozialpakt für Europa". Es war vorauszusehen, daß sehr viele Menschen dem Aufruf folgen würden, vor allem natürlich Menschen aus der Arbeiterklasse. Und die sollen wir kampflös dem DGB überlassen?

Es gibt tatsächlich sich als kommunistisch bezeichnende Personen, die dazu offenbar bereit sind. Sie verunglimpfen sogar die teilnehmenden Menschen und werfen ihnen vor, für den Sozialpakt für Europa zu "latschen", und teilnehmenden Organisationen werfen sie vor, der DGB-Führung und den Hartz-IV-Durchpeitschern hinterherzudackeln. Anwesend am 16. Mai in Berlin waren diese Herrschaften nicht - und es hat sie auch niemand vermisst.

Wie sah die Realität aus? Die Teilnehmerzahl schien zunächst gar nicht so groß zu sein, die Menge am Bahnhof Zoo war überschaubar. Während der Demonstration jedoch gewann man einen ganz anderen Eindruck - bis zum Platz der Abschlußkundgebung ging es fast ausschließlich an auf beiden Seiten der Straße parkenden Bussen vorbei. Es waren zwar auch einige Touristenbusse dabei, aber die meisten waren zur Demonstration gekommen. Wir hatten 1000 Flugblätter des gemeinsamen Aufrufes von AZ, KPD, SoL und uns, die wir ohne große Probleme alle verteilten in nur einem der beiden Demozüge, obwohl die anderen drei Organisationen sie ja auch verteilten. Als das letzte Flugblatt verteilt war, warteten wir auf die anderen Genossen mit unserer Fahne - ein nicht enden wollender Zug vom Menschen zog an uns vorbei, unsere Genossen fanden wir in der Menge nicht wieder.

Insgesamt kamen etwa 100.000 Menschen zu den beiden Demonstrationen vom Hauptbahnhof bzw. von der Gedächtniskirche zur "Flaniermeile". Alles "Latscher" und "Dackel"? Von wegen! Unter ihnen waren zwar Leute wie Müntefering und andere Agenda 2010- und Hartz-IV-Verantwortliche, aber die waren wirklich die Minderheit und die meisten Teilnehmer bekamen von ihnen gar nichts mit. Und die "latschten" keineswegs kritiklos mit. Sehr viele fortschrittliche und antikapitalistische Parolen und Transparente wurden gerufen bzw. gezeigt, die Ver.di-Jugend z. B. trug optisch eindrucksvoll den Kapitalismus zu Grabe, sicherlich nicht im Sinne ihrer "Ver.di-Senioren"; andere Jugendliche forderten auf einem Seitentransparent mit den Bildern von Marx und Engels "Neue Lehrer braucht das Land!". Die DGB-Führung bekam zwar keine solche Klatzsche wie die Nachrüstungs-Freaks auf der von ihnen organisierten "Friedens"-Demo damals, aber es gab doch zahlreiche Kritik. "Seit die Grünen sich dranhängt haben, ist der DGB noch langsamer geworden," war einer der Kommentare.

Warum führt der DGB solche Demonstrationen durch? Uns ist klar, viele solcher Aktionen werden durchgeführt, damit die Kolleginnen und Kollegen Dampf ablassen können, allerdings wird dieser Dampf dabei in für die Unternehmer harmlose Bahnen gelenkt. Wir erinnern an Nokia Bochum: was machte die IG Metall? Aktionstag, Mahnwache, Menschenkette... Die Kollegen hatten den Eindruck, etwas zu tun, doch ihre Aktionen verpufften harmlos; beteiligten sich am Aktionstag noch fast 20.000 Menschen, so waren es wenig später bei der Menschenkette nur noch 6.000 - viele hatten resigniert, die "Abwicklung" von Nokia verlief Dank

IG Metall-Führung praktisch reibungslos.

Bei den Aktionen in diesem Jahr ist aber deutlich zu erkennen, daß die "systemkritischen", die antikapitalistischen Töne zunehmen, und zwar aus der Bewegung heraus und nicht von linken Kräften dranhängt. Vertreter von Opel Bochum wurden auf einem Seminar in Hamburg von neunmalklugen linken Studenten gefragt: "Warum besetzt Ihr nicht einfach den Betrieb?" Die Frage kann man natürlich zurückgeben: "Ihr Studenten, in Eurem Kampf gegen die Studiengebühren - warum besetzt Ihr nicht einfach die Unis?"

Am 28. März in Frankfurt wurde der Generalstreik gefordert - dieselben Kräfte, die die Teilnehmer der Demonstration am 16. Mai in Berlin als "Latscher"



und "Dackel" verunglimpften, verhöhnen auch diese Forderung. Was sie dabei außer acht lassen, ist, daß diese Forderung hier nicht von außenstehenden Polit-Voyeuren kam, sondern aus den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder selbst - sie forderten die DGB-Führung auf, den Generalstreik zu organisieren, woran diese selbstverständlich nicht denkt. Unterstützung bekommt sie dabei objektiv von den "Latsch-und-Dackel"-Vorwerfern - ob auch subjektiv, das lassen wir vorerst mal offen.

Letzte Meldung: Zionistischer Anschlag auf MLPD-Büro Berlin

In der Nacht vom 19. August wurden die Rolläden und das Schild der MLPD-Geschäftsstelle mit der Parole "Ewig lebe Israel" beschmiert. Außerdem wurde ein Wahlplakat der MLPD "Freiheit für Palästina" zerstört. In Neukölln leben viele Palästinenser, mit denen die MLPD die internationale Solidarität auf den Demonstrationen gegen das Massaker von Gaza organisiert hat. Die MLPD-Geschäftsstelle hat umgehend Anzeige erstattet und wird den Vorfall weiter bekannt machen.

Dokumentation:

Zu den bundesweiten Demonstrationen am 28. März 2009 veröffentlichte die ver.di Jugend am 27. März das unten wiedergegebene Thesenpapier. "Die ver.di Jugend ist sich der Provokation auch innerhalb der Gewerkschaft bewußt. Wir wollen eine breite gesellschaftliche Diskussion über die Perspektiven der Jugend und die Nachhaltigkeit des gesamten Systems anstoßen. Darum geht es uns", begründete Ringo Bischof, der Bundesjugendsekretär der ver.di Jugend, die Veröffentlichung der Thesen und die begleitenden Aktionen. Die KPD/ML begrüßt diese Aktion und greift von ihren Positionen aus in die Diskussion ein.

8 Thesen zur Lage des Systems**Von der Ver.di – Jugend**

1. Die Krise ist eine Systemkrise. Namen hat sie viele: Subprime-Krise, Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Weltwirtschaftskrise. Und keiner stellt in Frage, dass die Lage ernst ist. Aber niemand präsentiert eine Lösung. Weil sich niemand traut die Krise zuende zu denken, und die Ahnung laut auszusprechen: Dass ein System am Ende ist. Ein System namens Kapitalismus.
2. Jede Gesellschaftsform hat ihre Zeit. Der Kapitalismus war ein großer historischer Fortschritt. Er hat uns eine neue Zeit gebracht mit der Idee von Freiheit und einem besseren Leben. Doch das ist hundertfünfzig Jahre her. Damals machten der Privatbesitz an den Produktionsmitteln und die Lohnarbeit Sinn: Weil es offenere Konzepte waren als das Prinzip von Grundbesitz und Leibeigenschaft. Weil sie Entwicklungsmöglichkeiten schufen.
3. Der Kapitalismus funktioniert nicht mehr. Ein Wirtschaftssystem muss sich daran messen lassen, wie gut es funktioniert. Wie es gesellschaftliche Ressourcen nutzen und die Entfaltung der Menschen zu fördern versteht. Doch was kann der Kapitalismus heute? Es ist eine Schande, wie er mit unseren Ressourcen umgeht: Die Natur wird rücksichtslos ausgebeutet. Echte Bildung findet kaum mehr statt. Kreative Arbeitskraft liegt massenhaft brach. Unsere Intelligenz wird nicht genutzt. Gute Ideen verkümmern. Der Markt hat ausverkauft.
4. Er war von Anfang an nicht gut durchdacht. Zu gewaltig ist der innere Widerspruch des Kapitalismus: Zwischen der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, und der privaten Aneignung ihrer Ergebnisse. Zu flach das Streben nach Profit als Triebkraft der menschlichen Entwicklung. Absurd die Konkurrenz zwischen den Menschen. Zwischen den Klassen. Zwischen den Staaten. Zwischen Nord und Süd. Zwischen Asien, Europa und Amerika. All das wird immer abstruser.
5. Wer Schuldige sucht ist auf dem Holzweg. Schon vor hundert Jahren kostete der erste Weltkrieg Millionen das Leben und vernichtete immensen gesellschaftlichen Reichtum. Weil „der Franzos“ schuld war an der miserablen Lage. Dann waren „die Kommunisten“ schuld. Dann mussten „die Juden“ dran glauben. Heute sind „die Ausländer“ schuld. Die „Heuschrecken“... Oder Amerika. Es sind immer dieselben einfachen Feindbilder. So geht Volksverdummung. So funktioniert Ablenkung, Propaganda, Ideologie. Und Faschismus. Der Fehler liegt im System.
6. Die Rettungsaktionen der Politik sind hilflose Angstreaktionen. Die Maßnahmen der Politik sind hilf-, und hoffnungslos. Dahinter steht keine neue, vorwärtsweisende Idee. Es sind alte Konzepte für ein altes System. Die Milliarden, mit denen der Staat und die Politik die Banken stützen, gehören der Bevölkerung. Sie wurde nicht gefragt. Man hätte das Geld in Bildung und Ausbildung stecken können, oder ins Gesundheitssystem z.B. Aber die Politik hat Angst vor dem Neuen.
7. Die junge Generation hat keine Aktien im System. Gerade die junge Generation hat am wenigsten Grund das System zu retten. Denn sie hat schon lange nichts mehr zu verlieren. Die soziale Schere klappt weit auf - vor allem zwischen den Generationen. Die Jungen besitzen fast nichts. Kein Geld, Keine Güter, keine Perspektiven. Praktika, Leiharbeit und unsichere Jobs sind die Regel. Wenn überhaupt. Die Jugend wird im großem Stil um ihre Zukunft betrogen. Ein Symptom des Untergangs.
8. Die Zeit für eine andere Gesellschaft ist reif. Die Geschichte ist nicht Vergangenheit, sondern ein Prozess. Der läuft auch heute noch weiter – und keine Regierung der Welt kann das auf Dauer verhindern. Nicht mit tausend „Schutzschirmen“, nicht mit Zwang und nicht mit Terror. Das alte geht, das neue kommt: Und die Menschen haben immer wieder aktiv bewiesen, dass auch geschichtliche Epochen und überkommene Ordnungen gehen müssen. Um etwas neuem Platz zu machen. Etwas anderem. Etwas, das besser funktioniert. Die Jugend arbeitet daran. Wir werden uns die nächste Gesellschaft selbst organisieren. Denn die Zeit ist Reif.

Das ändert sich so lange nicht, bis es geändert wird...

Zur Kampagne der Ver.di-Jugend zum Ende des Kapitalismus

Im Frühjahr 2009 startete die Ver.di-Jugend eine Kampagne, bei der sie - z.B. auf den 28. März-Demonstrationen in Berlin und Frankfurt und am 16. Mai in Berlin - den Kapitalismus optisch eindrucksvoll zu Grabe trug. Wir freuen uns über diese Kampagne und wollen alles in unseren Kräften



Stehende tun, um der Ver.di-Jugend beim Erreichen dieses Zieles zu helfen. Wir wünschen der Ver.di-Jugend hierbei den leider notwendigen "langen Atem."

Im Rahmen dieser Kampagne veröffentlicht die Ver.di-Jugend "8 Thesen zur Lage des Systems", über die man sich Informationen im Internet unter <http://www.trend.infopartisan.net/trd0409/t470409.html>

ansehen kann. Wir drucken die 8 Thesen als Dokumentation in dieser Ausgabe des RS auf S 13 ab. Diese Thesen sind als Provokation gedacht und werden zur Diskussion gestellt. Wir sind der Meinung, daß diese Thesen für die Kampagne eher schädlich sind, und möchten das an ein paar herausgegriffenen Punkten begründen. Wir wissen, daß die Jugendlichen in ihrer Schulausbildung über die wirklichen gesellschaftlichen Zusammenhänge und Hintergründe in der Welt nicht unterrichtet werden. Wir gehen außerdem davon aus, daß es

auch bei der Schulung durch Ver.di nicht viel besser aussieht. Von daher ist den Jugendlichen kein Vorwurf zu machen.

Nun zu einigen in den "Thesen" gemachten Aussagen:

Das System, um das es geht, ist der Kapitalismus. Sein Hauptwiderspruch wird in den Thesen richtig dargestellt: gesellschaftliche Organisation der Arbeit und private Aneignung ihrer Ergebnisse (These 4). Was jedoch fehlt, ist der Hinweis darauf, wer gesellschaftlich organisiert arbeitet und wer privat aneignet. Das sind zwei Menschengruppen, deren Interessen sich **unvereinbar** gegenüberstehen: die Arbeiter als Produzenten auf der einen Seite und die Unternehmer (Kapitalisten) als Aneigner fremder Arbeit auf der anderen. In den Thesen ist zwar an einer Stelle (These 3) von Ausbeutung die Rede, doch nur von der Ausbeutung der Natur und nicht von der

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Arbeiter und Unternehmer werden im gesamten Text aber kein einziges Mal erwähnt. Ja, es wird sogar (These 4) geschrieben, die Konkurrenz (also der Kampf) zwischen den Klassen (welchen?) sei absurd. Das würde ja bedeuten: Liebe Arbeiter, hört auf, Euch zu wehren, laßt Euch von den Unternehmern friedlich ausbeuten...

Wir gehen davon aus, daß das nicht die Meinung der Ver.di-Jugend ist.

"(Der Kapitalismus) war von Anfang an nicht gut durchdacht," heißt es am Anfang von These 4. Das klingt so, als hätten sich die Menschen den Kapitalismus mittels ihres Gehirns ausgedacht und "wir alle" - Arbeiter und Kapitalisten - hätten dieses geistige Elaborat dann "damals" - vor etwa 300 Jahren - freiwillig übernommen. Wir kennen solche Ideen aus der Geschichte, z.B. in Form des "Gesellschaftsvertrages" von Rousseau. Er und andere waren der Auffassung, die Menschen eines Gesell-

schaftssystems hätten miteinander einen Vertrag abgeschlossen (bzw. sollten ihn abschließen), der das friedliche Zusammenleben regelt. Geht man von solchen Auffassungen aus, so erscheint der Kampf zwischen den in einer Gesellschaft existierenden Klassen natürlich als absurd. Wir wissen, daß Anschauungen wie die im "Gesellschaftsvertrag" vertretenen heute den Jugendlichen zumindest im Geschichts- und Politikunterricht vom bürgerlichen Schulsystem vermittelt werden, sind aber der Auffassung, daß sie falsch sind. Für uns wäre das aber eine Erklärung dafür, wie solche Vorstellungen in das Papier der Ver.di-Jugend kommen. Nach der im Kapitalismus propagierten Auffassung ist der Staat ein neutrales, über den einzelnen gesellschaftlichen Gruppierungen (von Klassen redet die herrschende Klasse ja nicht) stehendes Überbau-Gebilde, das die Konflikte zwischen ihnen friedlich löst. Karl Marx und Friedrich Engels leiteten bereits 1848 den Hauptteil des "Kommunistischen Manifests" ein mit der Auffassung: *"Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen."*

In These 2 heißt es, der Kapitalismus habe "uns" die "Idee von Freiheit und ein besseres Leben" gebracht. Leider sah die Realität damals beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus ganz anders aus: die Kapitalisten ließen sich damals die Freiheiten, die sie zum Profitmachen brauchten, erkämpfen - für uns Arbeiter ergaben sich nur die "Freiheit" der freien Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt und ähnlich "herrliche" Dinge... Das "bessere Leben" war für die gewaltsam zu Arbeitern gemachten Menschen unter den Kapitalisten zunächst meist noch schlimmer als vorher unter den Feudalherren - wir erinnern an den berüchtigten "Manchester-Kapitalismus", den man durchaus mit der "Vernichtung durch Arbeit" der Nazis gleichsetzen kann. Wenn es den Arbeitern in den wirtschaftlich entwickelten Ländern heute besser geht, dann nicht nur wegen der Almosen, die ihnen die Kapitalisten von ihrer Tafel aus zuwarfen, um sie ruhig zu halten, sondern vor allem deswegen, weil sie sich dieses bessere Leben **erkämpften**. Der Manchester-Kapitalismus wird allerdings immer noch praktiziert - heute in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Hier empfehlen wir unseren Lesern Filmberichte wie "Working Man's Death" oder "Die Eisenfresser".

Wir könnten noch einige weitere Punkte aus den

Thesen aufgreifen, die unserer Meinung nach Fehler enthalten oder Illusion sind. Doch wir nennen zum Schluß nur noch einen Satz: "Das alte geht, das neue kommt" heißt es in These 8. Nun, Karl Marx und Friedrich Engels haben den Kapitalismus einer gründlichen, wissenschaftlichen Untersuchung unterzogen, seinen (hier eingangs genannten) Hauptwiderspruch herausgearbeitet und den Weg gezeigt, wie die Mängel des Kapitalismus und damit er selbst beseitigt werden können. Das kann man z.B. im "Kommunistischen Manifest" nachlesen, geschrieben vor mehr als 160 Jahren. Spätestens seit diesem Jahr ist unserer Meinung nach das System, der Kapitalismus, "alt". Doch wie jeder bezeugen kann, denken die ehrenwerten Damen und Herren Kapitalisten keineswegs daran, einfach so zu gehen. Im Gegenteil, sie verteidigen mit aller Macht, mit allen nur erdenklichen Tricks "ihr" System. Dieses System kostet jedes Jahr etwa 40 Millionen Menschen das Leben - sie sterben an Hunger und Fehlernährung, an verschmutztem Trinkwasser usw. - das sind Zahlen, die die UNO veröffentlicht, darin sind die Opfer der zahllosen Kriege, der AIDS-Seuche usw. noch nicht enthalten... Für uns ist klar: das Alte geht nicht von selbst, es **muß gegangen werden!**

KOLLEGIN ! KOLLEGE !

**UNTERSTÜTZ DEINE PARTEI, DIE
KPD/ML !**

**UNTERSTÜTZE DEN WEITEREN AUF-
BAU DEINER ZEITUNG**

ROTER STERN

**SCHREIB UNS ÜBER DEIN LEBEN IM
KAPITALISMUS,
ÜBER DIE AUSBEUTUNG AM ARBEITS-
PLATZ,**

**ÜBER DEINE ERFAHRUNGEN MIT DER
WOHNUNGSNOT,**

**MIT DEN STEIGENDEN PREISEN,
ÜBER DIE KÄMPFE DAGEGEN !
KEINE ANGST VOR DEM SCHREIBEN !**

ROTER STERN

**IST KEINE ZEITUNG FÜR LITERATEN,
SONDERN**

**EINE ZEITUNG VON UND FÜR
WERKTÄTIGE !**

Korrespondenz:

Arbeitsgericht Bochum ermuntert Unternehmen zum Tarifvertragsbruch

Immer ungenierter greift Opel in die Taschen der Opel-Beschäftigten. Obwohl noch mit keinem der möglichen Investoren ein Vertrag abgeschlossen ist, sollen die Opelaner europaweit bis 2014 einen Betrag von 1,2 Milliarden Dollar in einen ominösen Aktienfonds einzahlen, um den möglichen Investor Magna zu befriedigen. Dafür sollen Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und tariflich ausgehandelte Lohn-erhöhungen einbehalten werden. Im Werk Bochum wird es mit dem Urlaubsgeld seit langem so gehandhabt, daß es - anders als in Rüsselsheim, Kaiserslauten und Eisenach - nicht erst nach dem Urlaub ausgezahlt wird, sondern auf Wunsch zumindest teilweise schon vorher, zur Planung und Vorfinanzierung des Urlaubs.

Außerdem ist es in Bochum, ebenfalls anders als an den drei übrigen Standorten - üblich, daß die Belegschaft vor wichtigen Maßnahmen gefragt wird.

Diesmal nicht - das schon fällige Urlaubsgeld wurde im Juni nicht ausgezahlt, die bis Ende Juli fälligen Zahlungen verweigert; landen soll das Geld in dem ominösen "Aktientopf", der angeblich den Opelanern einen Anteil von 10 Prozent an den Aktien sichern soll, über den sie allerdings nicht verfügen können.

Linke Gewerkschaftsgruppen, Betriebsräte und Vertrauensleute organisierten daraufhin eine Unterschriftensammlung unter den Kollegen, mit der diese die Auszahlung des ihnen laut Tarifvertrag zustehenden Urlaubsgeld fordern - es kamen in-

nerhalb von 2-3 Tagen etwa 3000 Unterschriften zusammen. Daraufhin reichte der Betriebsrat, jetzt auch unterstützt von der IG Metall, einen Antrag auf eine einstweilige Verfügung auf Auszahlung des Urlaubsgeldes beim Arbeitsgericht Bochum ein.

Die Verhandlung darüber fand am 10. Juli ab 9 Uhr im Raum 35 statt. Eine ganze Reihe von Kollegen war gekommen, die Sitzplätze reichten nicht aus. Der Rechtsanwalt der Kollegen war gut vorbereitet und argumentierte auch überzeugend - für alle Anwesenden außer dem Richter, den beiden Beisitzern und der Opel-Vertretung. Opel war ebenfalls juristisch vertreten, doch diese Seite argumentierte überhaupt nicht und setzte sich damit durch...

Doch eins nach dem anderen. Zunächst einmal nahmen alle anwesenden Opelaner voller Staunen zur Kenntnis, daß es gar nicht um die Frage ging,



ob Opel den Tarifvertrag gebrochen hat oder nicht, sondern darum, ob der von ihnen gewählte Betriebsrat das Recht hat, die einstweilige Verfügung zu beantragen!!! Der Opelaner-rechtsanwalt und auch der Betriebsratsvorsitzende unterstrichen das mit zahlreichen juristischen, logischen, politischen

Argumenten, doch der Richter hörte sich gar nicht so überzeugt davon an. Er wurde u.a. darauf hingewiesen, daß der Betriebsrat ja von den Kolleginnen und Kollegen gewählt worden war, um deren Interessen zu vertreten. Der Richter vertrat dagegen den Standpunkt, das sei in diesem Fall nicht Aufgabe des Betriebsrates, sondern jede Kollegin, jeder Kollege müsse einzeln selber ihr bzw. sein Recht einfordern. Der Rechtsanwalt "unserer" Seite rechnete das praktisch vor: Etwa 6.000 Einzelklagen. Das Urlaubsgeld beträgt - sagen wir mal - 1000 Euro Brutto, das sind etwa 700 Euro Netto. Der Einzelkläger muß, auch wenn er den Prozeß gewinnen sollte, die Anwaltskosten selber zahlen; ist er im Rechtsschutz, so kostet ihn das trotzdem eine Eigenbeteiligung von über 100 Euro; ist er nicht im Rechtsschutz, so kostet ihn das mehr als 300 Euro - und das alles Kosten für etwas, das ihm rechtlich zusteht! Unser Rechtsanwalt bezeichnete eine solche Rechtsauslegung als arbeiterfeindlich. Der Richter verbat sich das, bestritt dies und schwang sich sogar zu der Behauptung auf, er würde die Interessen der Einzelperson schützen vor dem Betriebsrat... Die Zuhörer ihm Saal, alles vom Betriebsrat bedrohte Einzelpersonen, konnten sich entsprechende Kommentare und Zwischenrufe natürlich nicht verkneifen - es herrschte völlige Fassungslosigkeit.

Der Richter und die beiden Beisitzer (einer von der Arbeitgeberseite) zogen sich dann zur Beratung zurück. In der etwa halbstündigen Pause waren die Opelaner und ihr Rechtsanwalt umringt von den Vertretern mehrerer Zeitungen und Fernsehanstalten - die beiden Opel-Rechtsvertreher wurden kaum beachtet. Den Richterspruch ahnte jeder der Anwesenden, er kam dann auch so: der Antrag auf den Erlaß einer Einstweiligen Verfügung wurde

abgelehnt mit der Begründung, der Betriebsrat sei hierfür nicht zuständig. Selbst diejenigen unter den Anwesenden, die die Gesetzesprechung der Bourgeoisie kennen und eigentlich keine Illusionen mehr hatten, waren über die Dreistigkeit verblüfft.

Kann man dem noch eine Krone aufsetzen? Ich habe jedenfalls noch eine: der Einzelkläger muß, um mit einer einstweiligen Verfügung Erfolg zu haben, seine Bedürftigkeit nachweisen, um das Geld zu bekommen, das ihm gehört...

Die Opelaner waren natürlich empört, sie verstehen die Stellungnahme des Richters jetzt als Aufforderung, sich nun selbst ihr Recht zu nehmen: "Opel hat die Friedenspflicht gebrochen, dann sind wir auch nicht mehr daran gebunden!" Sie wiesen die noch anwesenden Medienvertreter darauf hin, daß diese Gerichtsentscheidung eine

Ermutung für die Bosse aller anderen Betriebe sei, die Tarifverträge zu brechen - sie hätten ja bei einer solchen Rechtsauslegung nicht viel zu befürchten. Denn selbst wenn jetzt z.B. zahlreiche oder gar alle Bochumer Opelaner eine Einzelklage einreichen - wann ist die rechtskräftig entschieden? Den ganzen Prozeß empfand ich als eine einzige Verhöhnung der Arbeiterklasse, und das noch unter dem Deckmantel, sie vor sich selber schützen zu müssen.

Michael, Recklinghausen

VERZICHT



is' für'n Arsch !



Anmerkungen der Redaktion zu Opel Bochum:

Die ersten Klagen gegen die Einbehaltung des Urlaubsgeldes wurden inzwischen eingereicht. Ihre Bearbeitung verzögert zeitlich - gut Ding (so hoffen wir doch!) will eben Weile haben...

Die Opelaner in Bochum werden von IG-Metall-Vertretern und Betriebsräten anderer Opel-Standorte als "unsolidarisch" hingestellt, weil sie nicht widerstandlos bereit sind, zur "Rettung" von Opel auf ihnen zustehende Rechte zu verzichten. In der Zeitung "Manager" werden sie mit dem berühmten "kleinen gallischen Dorf" verglichen, was unserer Meinung nach aber eine Ehrenbezeugung ist.

Die Belegschaft an den drei anderen Standorten in Deutschland wird vom für sie zuständigen Gewerkschaftsbezirk Frankfurt nicht gefragt, ein Betriebsrat wird mit der wohl weiter verbreiteten Auffassung zitiert: "Ich bin gewählt worden, ich brauche niemanden zu fragen." Gesamtbetriebsratsvorsitzender Klaus Franz (Rüsselsheim) soll getobt haben, als er von der Verweigerung der Bochumer hörte; es wurde die Behauptung aufgestellt: "Dafür hat außerhalb von Bochum keiner Verständnis." Franz wird unterstellt, er betreibe seinen "Kampf" um Opel in erster Linie als Partei-Wahlkampf...

Die Stimmungsmache gegen sie macht natürlich eine Reihe Bochumer Kolleginnen und Kollegen betroffen, denn sie wollen nicht unsolidarisch sein. Wir sind jedoch überzeugt: Würde die Belegschaft an den anderen Standorten wie in Bochum gefragt, so würden sich auch dort viele Beschäftigte gegen einen Verzicht aussprechen - wieviele, wissen wir natürlich nicht. In Gesprächen mit Menschen außerhalb Bochums haben wir große Sympathie gespürt und auch aktive materielle Unterstützung.

Die Juli-Befragung in Bochum hat eine Vorgeschichte. Schon im März/April gab es eine Umfrage durch die IG Metall. Opel hatte im Februar die tariflich ausgehandelten 2,1 % Erhöhung der "Entgelte" mit Hinweis auf die Krise ohne Rücksprache eigenmächtig einbehalten (inzwischen wurde auch die zweite, im Mai fällige Rate einbehalten). Am 2. März hat die Geschäftsführung den Betriebsratsvorsitzenden die Forderung mitgeteilt, auch auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld zu verzichten. Nach einem Konzept von Magna ist eine zehnpromtente Kapitalbeteiligung der "Mitarbeiter" vorgesehen, die Gelder sollen in den Fonds einer "Beschäftigten-Aktiengesellschaft" fließen. Die Betriebsratsvorsitzenden in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Eisenach nickten diesen Bruch des Tarifvertrags und das Magna-Konzept ab, nur in Bochum wurden die Beschäftigten um ihre Meinung gefragt. Allerdings vertritt auch hier der Betriebsratsvorsitzende Eienkel die Auffassung, "es geht darum, die Kontrolle über das zu bekommen, was man produ-

ziert." (NRZ 6.3.09)

Mit einem Schreiben vom 30. März wandte sich der Betriebsrat von Opel Bochum an die Belegschaft. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage von Opel warb er dafür, diesen Forderungen zuzustimmen. Für die Abstimmung waren nur wenige Tage vorgesehen, am folgenden Donnerstag sollte das Ergebnis veröffentlicht werden. Oppositionelle Betriebsräte, Vertrauensleute und (Noch-) Gewerkschaftler forderten mit einem Flugblatt dazu auf, mit "Nein!" zu stimmen - "wir zahlen nicht für eure Krise."

Die Abstimmung verlief sehr schleppend und zog sich letztlich über fast einen Monat hin. Osterfeiertage, Kurzarbeit usw. wurden als Gründe dafür angeführt. Viele Kollegen mußten mehrfach nachfragen, bis sie einen Stimmzettel bekamen - und selbst nach Abschluß der Befragung hatten nach unseren Informationen etwa 300 Beschäftigte keinen Stimmzettel erhalten. Wir zitieren aus einem Schreiben der IG Metall vom 21.4.09: "Leider müssen wir jetzt dennoch feststellen, daß immer noch nicht allen Mitgliedern die Stimmzettel zugegangen sind... Wie gehen wir mit der Abstimmung um? ... Wir führen die Abstimmung wie geplant durch und nehmen dabei in Kauf, daß nicht alle Mitglieder an der Abstimmung beteiligt sein können..."

Bei Opel Bochum arbeiten insgesamt - mit Power Train - rund 6000 Beschäftigte. Verschickt wurden aber nach Angaben der IG Metall nur 4590 Stimmzettel, nämlich nur an Mitglieder... Zurückgekommen sind nur 2.133 Zettel, unter denen 1191 Zustimmungen waren und immerhin 911 Ablehnungen. Hätten nur 150 Beschäftigte anders abgestimmt, hätte die Bochumer IG Metall ganz schön blöd dagestanden... So ist sie noch einmal davongekommen, die Taktik des zeitlichen Lavierens hat sich ausgezahlt.

Einige Wochen später erhalten oppositionelle Gewerkschaftler, Vertrauensleute und Betriebsräte mit einer gut organisierten Umfrage über den Verzicht auf Auszahlung des Urlaubsgeldes innerhalb von kaum drei Tagen etwa 3000 Unterschriften gegen den Verzicht. Dieser Erfolg ist natürlich auf ihren besseren Einsatz zurückzuführen, er zeigt aber auch deutlich, das es "unter der Oberfläche" brodelt. Die Kolleginnen und Kollegen sind nicht länger zum Verzicht bereit, jedenfalls nicht ohne definitive Zusicherung des langfristigen Erhalts ihrer Arbeitsplätze. Das muß nicht bei Opel sein - "Wir bauen auch Elektroautos, U-Bahnen oder Kaffee-Maschinen" ist in der Diskussion zu hören.

Im Folgenden drucken wir einige Berichte von RS-Lesern zum Bildungsstreik ab, der in diesem Frühsommer mit Schwerpunkt in der Zeit vom 13.-20. Juni 2009 von mehreren hunderttausend Jugendlichen an Schulen und Universitäten durchgeführt wurde.



Korrespondenz aus Luckenwalde zum

Bildungsstreik 2009

Am Mittwoch, dem 17. Juni, war ich auf dem Bildungsstreik in Berlin mit einer KPD/ML-Fahne zugegen. Der Streik an sich verlief meines Erachtens her genau so wie er sollte - am Anfang wurde von den Organisatoren klar verdeutlicht, dass es sich hier nicht nur um eine Demonstration handelt, sondern um eine kämpferische Front gegen die Missstände im Bildungssystem. Während der dreistündigen Demonstration wurden immer wieder Nachrichten über im Moment stattfindende Besetzungen von Universitäten und Fachhochschulen verbreitet, die von der Masse mit Begeisterung aufgenommen wurden. Hier war deutlich zu erkennen, dass die Studenten keine friedliche Lösung mehr anbieten und nun genau die Mittel ergreifen werden, die ergriffen werden müssen, wenn man das System verlassen will. Besonders interessant fand ich aber die Reaktionen auf die Fahne, die ich bei mir trug. Bei der Anfangskundgebung kam ein älterer Herr auf mich zu und sagte mir, dass die Fahne, die ich da trage, die Fahne der Partei ist, in der er selbst vor 30 Jahren gewesen ist. Allerdings, so sprach er, sah er sich gezwungen, die Partei zu verlassen, da sie sich vom Maoismus abkehrte und "Rechtspopulistische Elemente" die Partei infiltrierten. Sowieso sei die Partei von ihrer ideellen Linie abgewichen, als sie sich in den 80er Jahren mit den Trotzlisten zu-

sammenschloss. Aber dennoch, so sagte er, hat es ihn gefreut, die Fahne wieder einmal zu sehen. Eine vollkommen andere Reaktion war die eines Studenten, der mich während der Demonstration darauf ansprach, dass wir uns hier gerade auf einem Bildungsstreik befinden, und nicht auf einer kommunistischen Aktion. Ich sagte ihm, dass ich keinen Fehler darin erkenne, mich hier mit den Studenten zusammenzutun und mit eben dieser Fahne präsent zu sein. Er antwortete, dass das natürlich nicht zu verurteilen ist, aber nun die Gefahr besteht, dass dieser Bildungsstreik in den Medien als "Instrument linksextremer Gruppierungen" dargestellt werden könnte. Durchaus hat er damit Recht, so funktioniert das auf Verzerrungen der Realität basierende System. Ich antwortete ihm, dass wir dennoch beide denselben Feind haben, und diese Demonstration ohne die solidarisierenden antikapitalistischen Kräfte (Antifa, Linksjugend etc.) ziemlich leer wäre. Und zu böser Letzt war da noch ein junger Rechtsextremist, der nach der Demonstration mit einem "Heil Hitler!" an uns mit seinem Fahrrad vorbeigefahren ist. Ich hatte das zunächst gar nicht realisiert, aber einer der Studenten reagierte, indem er dem wegfahrenden Rechtsextremen hinterher rief: "Heil ihn selber, du Spinner!"

N., Luckenwalde

Dortmund, 17. Juni: eine unerwartet große Teilnehmerzahl, statt angemeldeter 500 und erhoffter 1000 fast 10.000; überwiegend Jugendliche, Schüler, mit großem Bedürfnis, sich zu artikulieren, was mit zahlreichen Parolen, Trillerpfeifen und anderen Lautäußerungen deutlich gemacht wurde. Leider kaum Erwachsene, Eltern sollten sich ja eigentlich auch für eine bessere Ausbildung ihrer Kinder einsetzen. So gut wie keine Lehrer, die hatten natürlich Beamtenrechts-Probleme, doch diese Ausred gilt am Samstag in Düsseldorf nicht mehr, mal sehen... Immer wieder gefordert: "Bildung für alle, und zwar umsonst!" Einheitsschule - keine Selektion in den Grundschulklassen 1-4; gegen das Turbo-Abi in 8 Jahren; "Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!"

Zweimal versuchte offenbar Faschos sich einzuschleusen. Sie wurden aus tausenden Kehlen abgewiesen: "Nazis raus!" und "Nazis, verpöbeln euch, keiner vermisst euch!" Am 5.9. wollen die Nazis in Dortmund marschieren, da wurde heute schon unter großem Beifall Gegenwehr angekündigt.

Während der Demo stand ich mit meinem Photoapparat am Straßenrand, um die politischen Aussagen auch optisch festzuhalten - da rief mir eine Gruppe von Dreikäsehochs doch tatsächlich die alte Forderung zu: "Leute, laßt das Glotzen sein - reißt Euch in die Demo ein!" Von wem die das bloß hatten?

Ich hatte mir ein T-Shirt drucken lassen mit der Forderung "Neue Lehrer braucht das Land!" und dazu die Portraits von Marx und Engels - entsprechendes hatte ich am 16. Mai auf der Demo in Berlin auf einem Transparent gesehen; zwei Genossen von der KPD fanden das gut und ließen sich auch eins drucken, so daß wir als "Dreierbande" auftreten konnten. Es kam ganz gut an. Einzige Kritik von mir an den Organisatoren: Sie hätten den Aufruf zur Demo in Düsseldorf beenden sollen mit der Aufforderung: Bringt Eure Eltern mit!

Düsseldorf, 20. Juni: An der Demonstration nahmen etwa 3.000 (nach DGB-Angaben 5.000) Menschen teil, deutlich weniger als an den meisten Mittwochs-Demos in den einzelnen Städten in NRW. Aber die ganze Demo war wesentlich politischer. In Dortmund spielten die "Kopfn-

ten" auf den Zeugnissen eine (zu) große Rolle, heute wurden sie nur am Rande erwähnt. Bei allen teilnehmenden Organisationen und ich denke mal auch Personen stand der soziale, der antikapitalistische Aspekt im Mittelpunkt. "Reiche Eltern für alle!" - "Bildung für alle, und zwar umsonst!" usw. Immer wieder wurde ein einheitliches Bildungssystem gefordert ohne Selektion, ohne diskriminierende Einstufung in "nur" Hauptschüler, die Abschaffung der Sonderschulen wurde gefordert.

Die Aktionen und Parolen waren zum großen Teil sehr witzig. Ein "strammer Uniformierter" warb für Polizei und Bundeswehr: "Bei uns kriegt Ihr Ausbildung - todsicher!"

Die Demo stand unter dem Motto "Wir legen Düsseldorf lahm!" Das gelang dann doch nicht ganz, im Bericht der Polizei heißt es immerhin: "Es kam im innerstädtischen Bereich zu erheblichen Verkehrsstörungen"; aber ein Teil der Demonstranten - etwa 150 - versuchte, eine Kreuzung der Heinrich-Heine-Straße (!!! - was der wohl dazu gesagt hätte?) zu blockieren. Das gelang aber nur teilweise, die Fußgänger konnten fast unbehindert weitergehen, eine Fahrbahn war frei und hätte in beiden Richtungen genutzt werden können. Wirklich verhindert wurde allenfalls der Verkehr auf einer Straßenbahnlinie. Die Blockade funktionierte erst vollständig, als sie von der Polizei "unterstützt" wurde. Die sperrte nämlich die Kreuzung komplett und kesselte die Sitzblockierer ein. Sie nannte das allerdings anders, denn Einkesseln ist ja verboten! Preußisch korrekt wurden diese mehrmals in den vorgeschriebenen Zeitabständen aufgefordert, sich zu entfernen, sonst machten sie sich der Nötigung und anderer schlimmer Vergehen schuldig! Die meisten blieben sitzen. Sie wurden dann im Laufe von mehreren Stunden einzeln mehr oder weniger abgeschleppt, wobei ihnen mitgeteilt wurde, daß auch ein passives Verhalten beim Wegschleppen den Tatbestand des Widerstandes gegen Vollzugsbeamte erfülle und ein weiteres Vergehen sei. Die Eingeschlossenen riefen - unterstützt von den außen inzwischen dazugekommenen Teilnehmern des Haupt-Demozuges - "Polizisten, seid nicht blind, wir kämpfen auch für Euer Kind!" Aber so schnell können Polizisten dann doch nicht denken bzw. umdenken.

Zur Zeit (21.6.) weiß ich nicht, was aus den Verschleppten nach Feststellung der Personalien geworden ist. (Nach Auskunft einzelner Polizisten sollten sie in einem großen Bus, der dreimal fuhr, zum Polizeipräsidium gebracht werden. Ich weiß bisher noch, daß die Düsseldorfer Demoleitung vor dem Präsidium war und Essen, Getränke usw. für die Verschleppten bereitstellte. Auch Rechtsanwälte waren bereit. Laut "Pressemappe Polizei Düsseldorf, 20:02 Uhr" wurden sie "zum Gewahrsam im Polizeipräsidium transportiert, wo sie nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen wurden."



Hausbesetzer, Andersdenkende und die Unabhängigkeit der Polizei

Im Rahmen der Kampagne "Für ein Libertäres Zentrum in Magdeburg" wurde am 16. Mai 2009 ein Haus in der Freien Straße (in der Nähe des Buckauer Bahnhofs) durch junge magdeburger Linke besetzt. Die BesetzerInnen wollten in dem Haus, was mittlerweile seit 15 Jahren leer steht, ein "Libertäres Zentrum" aufbauen.

"Schutz vor Nazis - Rassismus und Sexismus gemeinsam bekämpfen"

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der für Hausbesetzung spricht, ist die Schutzfunktion gegenüber ras-



sistischen und sexistischen Übergriffen. Wie nötig gerade diese Schutzräume sind, zeigt die Geschichte und Aktualität faschistischer Übergriffe in Magdeburg nur allzu deutlich. Die Erwähnung der fünf hier in Magdeburg von Faschisten Ermordeten sollte genügen, die alltägliche faschistische Bedrohung zu verdeutlichen. Wie fatal es wäre sich auf Staat und Polizei zu verlassen, mussten die Andersdenkenden schon mehr als einmal schmerzlich feststellen. Der Staat und seine Organe sind nicht dazu da

sie zu schützen, was sie schützen sollen ist den reibungslosen Ablauf kapitalistischer Verwertung. Nicht mehr und nicht weniger. Da aber auch Faschisten hin und wieder selbige Funktion für dieses System haben, konkret die Kanalisierung sozialer Unruhe nach unten, ist da auch nichts anderes zu erwarten. Wozu braucht der Verfassungsschutz wohl die 30% V-Männer in der Führung der NPD?

Nur das Bilden von Kollektiven gibt uns den nötigen Schutz, versetzt uns in die Lage rassistische und sexistische Angriffe gemeinsam abzuwehren.", heißt es in einer Stellungnahme von "Zusammen-Kämpfen".

Heinrich Zille wird die Erkenntnis zugeordnet: *"Man kann einen Menschen mit einer Axt erschlagen, aber man kann ihn auch mit einer Wohnung erschlagen."*

Erschlagen kann man einen Menschen aber auch als Wohnungslosen. Hunderttausende Obdachlose und Wohnungssuchende gibt es allein in Deutschland. Viele würden sich freuen eine solche Wohnung zu erhalten:

Wir leben aber heute im Kapitalismus. Und da ist auch die Wohnung eine Ware. Und wenn es davon "zu viele" gibt – wie in Ostdeutschland z.B. – dann werden sie zerstört. Offiziell wird das dann "Stadtumbau" oder "Rückbau" genannt:

Angeblich besteht in Ostdeutschland ein Leerstand von etwa einer Millionen Wohnungen, was einer Quote von 13% entspricht. Das bundesdeutsche Abrissprogramm sieht vor, innerhalb von 10 Jahren 300.000 bis 400.000 Leerstehende Wohnungen vom Markt zu nehmen. Ziel ist "die Wiederherstellung des Marktgleichgewichtes".

Ein Förderprogramm (2,5 Milliarden Euro) steht dem zur Verfügung.

Eine offizielle Statistik existiert nicht. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe (BAGW) schätzt die Zahl der Obdachlosen auf 375.000 (ohne Asylbewerber); nach dem Armutsbericht der Bundesregierung sind 330.000 Menschen wohnungslos. Auf der Straße leben etwa 20.000, unter ihnen 2000 Frauen; zudem gibt es 5000 bis 7000 Straßenkinder.

Und da steht also in Magdeburg eine Ruine. Sie war einmal Teil des Schwermaschinenbau-Kombinates "Ernst Thälmann" und lag seit der Gasamtvollstreckung (Konkurs 1996) still.

Eigentümer wurde das Land Sachsen-Anhalt. Niemand kümmerte sich um dieses Haus. Dann wurde es 2009 von jungen Menschen besetzt und plötzlich regte sich die politische Elite. Die Polizei, der Staatsschutz wurde mobilisiert. Dieselben Leute, die immer wieder von den Andersdenkenden und deren Schutz sprachen, "vergaßen" plötzlich ihre Fürsorgeansprüche auf Andersdenkende. Ein Jugendzentrum in der Stadt, ein Anlaufpunkt für Antifaschisten und Antimilitaristen, ein "Libertäres Zentrum" wollen die politisch Herrschenden in Magdeburg nicht haben. Und da lassen sie schon mal die Heuchler-Maske fallen und setzen alle Hebel in Bewegung um dies zu verhindern. So ist das also mit der "Freiheit der Andersdenkenden" in einem kapitalistischen Land.

"In einem Rückblick auf die Repressionen der letzten Tage", schrieben die jungen Aktivisten am

3. Juli: <http://squatmagdeburg.blogspot.de>

"In den letzten Tagen waren die AktivistInnen der Kampagne `Für ein Libertäres Zentrum in Magdeburg` in zunehmendem Maße polizeilicher Repression und willkürlichen Gewaltakten ausgesetzt. Die öffentliche Wasserpumpe vor dem Gelände als einzige verfügbare Wasserquelle wurde außer Betrieb gesetzt. Ab 30. Juni wurde dann die regelmäßige Polizeipräsenz um das besetzte Gelände auf bis zu ca. 20 uniformierte und zivile Beamte erhöht. Gleichzeitig fanden permanente Personenkontrollen statt; Platzverweise für nahezu jeden, der sich dem Gelände näherte, wurden ausgesprochen. Menschen wurden massiv beleidigt, ohne Vorwarnung vom Fahrrad gezerrt und in einem Fall durch Zivilpolizisten in eine Pfütze gestoßen, an den Haaren gezogen und dermaßen körperlich angegangen, dass die Schuhe des einen aufplatzten. Zwei Aktivisten wurden nachts dazu genötigt, ihre T-Shirts mit angeblich gewaltverherrlichenden Aufdrucken ("Good Night White Pride") ausziehen und an Polizisten zu übergeben.

Das Haus wurde dann durch die Polizei abgeriegelt, ein Hinein- und Herauskommen war unmöglich. Die abgeschotteten BesetzerInnen, die sich noch im Haus befanden, durften auf Anweisung anwesender Beamte zeitweise nicht mit Lebensmitteln versorgt werden, obwohl dies nach Kontaktaufnahme eines Stadtrates mit der zuständigen Polizeidirektion zugesagt worden war.

Bei einer friedlichen Demonstration in der Nacht auf den 2. Juli, bei der über 50 Menschen - überraschend für die Polizei - vor dem besetzten Gebäude ihre Solidarität mit den im Haus Verbliebenen bekundeten, setzte ein einzelner Beamter den

Schlagstock gegen die Demonstranten ein.

Konsequenz

Durch den physischen und psychischen Druck wurde der Betrieb des Libertären Zentrums im besetzten Haus (Industrievilla in der Freien Straße 23 in Magdeburg) unmöglich gemacht. Daher wurden zunächst Wertgegenstände, die sich im Haus befanden (Stromgenerator, Werkzeug, Solaranlage u.v.m.) angesichts der akuten Räumungsbedrohung in Absprache mit der Polizei aus dem Haus geschafft. Auch dabei kam es zu einem Übergriff, als Polizisten entgegen der Vereinbarungen versuchten, auf das Gelände zu gelangen und dabei einen Aktivist mit dem stählernen Eingangstor am Hals verletzten.

Die BesetzerInnen kamen ihrer Verantwortung für die UnterstützerInnen und sich selbst dadurch nach, indem sie beschlossen, das Gelände zu verlassen. In der Nacht auf den 2. Juli entschlüpfen sie daher von der Polizei unbemerkt aus dem Gebäude.

Das Gebäude wurde am 2. Juli durch die Eigentümergesellschaft MDSE wieder in Besitz genommen. Inzwischen befinden sich Sicherheitsdienst und Polizei auf dem Gelände.

Zukunft des Projektes

In den vergangenen sechs Wochen wurde der Wunsch, in Magdeburg einen Freiraum für ein Libertäres Zentrum für politische, kulturelle und soziale Projekte zu schaffen, durch den Zuspruch der vielen BesucherInnen, KünstlerInnen und UnterstützerInnen bestätigt und verstärkt. Es wurden Konzerte gegeben, politische Veranstaltungen fanden statt, auch Lesungen und eine tägliche Volkküche. Viele handwerkliche Arbeiten wurden durchgeführt wie Reparaturen am Haus (Dach, Regenrohre, Fenster); Zusammenbau einer gesponsorten Photovoltaikanlage; Bau eines Lehmofens; erste Schritte zum Anlegen eines Gemüsegartens; Einrichtung eines Konzertraumes. Das besetzte Haus war ein Ort der Begnung für Menschen aus unterschiedlichsten Zusammenhängen.

Die Projekte konnten unter diesen Bedingungen jedoch nicht fortgeführt werden. Daher werden kreative Entfaltungsmöglichkeiten nun an einem anderen Ort geschaffen. Sondierungen über geeignete Objekte laufen bereits.

Die Idee des Libertären Zentrums ist nicht an ein bestimmtes Gebäude gebunden. Die Kampagne läuft weiter.

Wir bleiben alle!

Imperialismus bedeutet Krieg!

Der zweite Weltkrieg begann offen am 1. September 1939 mit dem Überfall des faschistischen Deutschlands auf Polen als ein Zusammenstoß zweier Koalitionen der kapitalistischen Großmächte. Seinem Ursprung nach war es ein imperialistischer Krieg. Die Schuldigen waren die Imperialisten aller Länder, das System des modernen Kapitalismus selbst. Die Politik der Führer der Sozialdemokratie, die ihre eigene Bourgeoisie unterstützten und die Arbeiterklasse gespalten hatten, begünstigte den Ausbruch des Krieges. Die unmittelbaren Initiatoren des Krieges, die herrschenden Kreise des faschistischen Staatenblocks, angeführt von Deutschland, trifft eine besonders schwere Verantwortung für seine Entfesselung. Der zweite Weltkrieg entstand als direkte Fortsetzung der Politik der imperialistischen Mächte, ihres Kampfes um Absatzmärkte und Rohstoffquellen, um Kapitalanlagensphären, um die Weltherrschaft, für die Wiederherstellung der einheitlichen und ungeteilten Herrschaft des kapitalistischen Systems.

Die Existenz und das schnelle Wachstum des ersten sozialistischen Landes, der Sowjetunion, waren der neue und entscheidende Faktor, durch den sich die Situation und die Bedingungen der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges von denen des ersten Weltkrieges grundlegend unterschieden. Neben den Widersprüchen, die die Imperialisten trennten, gab es ein Moment, das sie vereinte: den grundlegenden Widerspruch zwischen den beiden sozialökonomischen Systemen - dem Kapitalismus und dem Sozialismus. Die amerikanischen und englischen Monopole unterstützten den aggressiven deutschen Imperialismus in nicht geringem Maße; denn sie rechneten damit, daß das Widererstarken seiner militärischen Macht die Positionen des Kapitalismus in Europa - und nicht nur in Europa - stärken würde. Im deutschen Militarismus sahen die Imperialisten der USA und Englands eine reale Kraft für den Kampf gegen die Sowjetunion. Nur durch die Hilfe der internationalen Reaktion, vor allem der nordamerikanischen Monopole, konnte sich dieser Hauptkriegsbrandstifter von seiner Niederlage im ersten Weltkrieg so schnell wieder erholen. Die weitgehende Unterstützung, die die deutschen Imperialisten bei ihren aggressiven Absichten erhielten, ermöglichte es ihnen, in verhältnismäßig kurzer Zeit ihre Industrie neu auszustatten, erneut aufzurüsten sowie nach und nach eine starke Armee zu schaffen, die bis zu ihrem Zusammentreffen mit der Roten Armee für unbesiegbar galt. Die monopolistischen reaktionären Kreise der USA, Englands und Frankreichs züchteten den deutschen Faschismus hoch und halfen dem deutschen Militarismus bei seiner Vorbereitung auf den "Ritt gen Osten" mit dem Ziel, die Sowjetunion zu vernichten. Die gesamte Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges zeigt, wie die Klassenbeschränktheit der reaktionären Bourgeoisie und ihr blinder Hass gegen den Kommunismus viele Staaten Europas in eine fürchterliche Katastrophe, in die Knecht-

schaft der faschistischen Eroberer trieben. Der deutsche Imperialismus, der dieses blutige Hitlerfaschistische Regime hervorgebracht hatte, wollte sich nicht mit einem Überfall auf die UdSSR begnügen. Darin sah er nur die wichtigste, entscheidende Etappe auf dem Weg zur Weltherrschaft, die auch den Dollar und das englische Pfund zu Fall bringen sollte. In all diesen Kriegen verteidigten die Volksmassen der angegriffenen Länder ihre nationale Unabhängigkeit und die Interessen der Demokratie tapfer gegen den Faschismus, die reaktionärste Stoßkraft des Imperialismus. Die Imperialisten der USA, Englands und Frankreichs dagegen begünstigten stets die Aggressoren. Gewaltige Opfer brachten die Völker auf, um die imperialistischen Räuber niederzuzwingen. Die zweite Niederlage des deutschen Imperialismus im Ringen um die Weltherrschaft wurde am 8. Mai 1945 verkündet.

Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Kapital-Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung 'nach dem Kapital', 'nach der Macht' vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung. Infolge der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung der imperialistischen Länder kommt es fortlaufend zur Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen ihnen und dadurch zu Zusammenstößen und Konflikten. Der Imperialismus ist die Quelle des modernen Krieges. Abwechselnd wendet er eine trügerische Friedenspolitik und die Kriegespolitik an. Der imperialistische Krieg ist nicht abhängig vom guten und bösen Willen einzelner Staatsmänner. Die Notwendigkeit für die Imperialisten, in imperialistischen Kriegen die Welt neu aufzuteilen, sich möglichst die ganze Welt zu unterwerfen, um alle Konkurrenten auszuschalten und maximalen Profit und maximale politische Macht zu erreichen, ist genauso wenig wegzupapieren, wie die Ausbeutung in den Betrieben, wie Lohnraub und Arbeitslosigkeit. Um den imperialistischen Krieg abzuschaffen, muss man den Imperialismus selbst vernichten. Der Imperialismus, ist parasitärer und faulender Kapitalismus, ist für die Menschheit lebensbedrohlich. Kein einziges Problem kann durch ihn gelöst werden: Frieden, Selbstbestimmung der Völker. Die Arbeitshetze im Betrieb, die Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Obdachlosigkeit, das Gesundheitswesen, Verelendung, Rente, Lebensmittel, Kriminalität und Faschismus, Raubbau in der Natur, Demokratie usw. Erst der Sozialismus wird diese Probleme lösen. Und auch heute gilt:

Der Hauptfeind steht im eigenen Land: der deutsche Imperialismus!

Erklärung der Partei der Arbeit Irans (Toufan) zu Massenprotesten im Iran Solidarität mit der Protestbewegung im Iran

Am 12. Juni wurde im Iran die Präsidentenwahl abgehalten. Die Auswahl der Kandidaten erfolgte durch den Wächterrat, der dem obersten Religionsführers Khamenei untersteht. Den demokratischen Parteien, Organisationen und Persönlichkeiten



wurde die Teilnahme verwehrt.

Trotzdem haben Millionen Iranerinnen und Iraner aktiv an der Wahl teilgenommen, um ihrer Ablehnung gegen 30 Jahre Unterdrückung, Korruption und Armut Ausdruck zu verleihen und zu verdeutlichen, dass sie nicht länger bereit sind, diese Regierung zu dulden! Sie haben mit ihrer Teilnahme ihre Sehnsucht nach einer neuen Ordnung verdeutlicht. Die reaktionäre Regierung Ahmadinejads hat mit der Unterstützung des obersten Religionsführers nicht einmal dem Wahlvolk zugestanden, unter den vom Wächterrat ausgewählten Kandidaten "ihren" Kandidaten zu wählen!

So wurde das Votum des Volkes mit den Füßen getreten und seine Stimmen zu Gunsten Ahmadinejads manipuliert.

Die Menschen im Iran und insbesondere die Frauen konnten dieser Machenschaft der islamischen Herrscher nicht tatenlos zu sehen. Kurz nach der Bekanntgabe des manipulierten

Wahlergebnisses zogen Millionen Menschen trotz des Demonstrationsverbots auf die Straßen Teherans und riefen "Wo ist meine Stimme?" Die Demonstrationen beschränken sich nicht nur auf Teheran, sondern haben sich auf das

ganze Land ausgeweitet. Ähnliche Demonstrationen finden in Isfahan, Shiraz, Rasht, Täbriz, Urumieh usw. Die Antwort des Regimes auf die gerechten Forderungen der Bevölkerung war und ist Unterdrückung, Verhaftung, Folter, Einsatz von bewaffneten Milizen und Polizei. Allein nach einem Angriff der bewaffneten Milizen auf die Universität

Teheran, kamen 6 Studentinnen und Studenten ums Leben. Daraufhin haben 120 Professoren und Dozenten ihren Dienst gekündigt. Bisher sind mehr als 100 Personen bei den Protestaktionen ums Leben gekommen und viele Hunderte verletzt worden. Die Vorgehensweise der "Basidji" (Miliz) und "Ordnungskräfte" ist seitdem Rede des obersten Religionsführers, in der er das Wahlergebnis korrekt nannte und ausdrücklich Ahmadinejad unterstützte, brutaler, blutiger und massiver geworden.

Die Einschüchterung des Regimes nimmt kein Ende. Es will die Teilnahme an den emon-



strationen mit der Ausführung einer gemeinsamen Straftat mit ausländischen Agenten gleichsetzen, was nach islamischem Gesetz als Gotteslästerung angesehen ist, und mit Hinrichtung bestraft wird. Die reformorientierten Kräfte wollen kleine Korrekturen im System vornehmen, um mehr an Macht und Ausplünderung beteiligt zu sein! Die Ordnung des Systems wollen sie beibehalten!

Ihnen geht es nicht um die demokratischen Rechte wie Meinungs- und Pressefreiheit, soziale Gerechtigkeit, Frauenrechte etc. der Präsidentschaftskandidat Mussavi warnt immer wieder das Regime, einzulenken, bevor die Bewegung eine eigene Dynamik entwickelt! Er ruft die Bevölkerung dazu auf, nachts auf den Dächern "Allah Akbar" zu rufen, damit die Revolution die islamische Linie nicht verlässt, aber die Revolutionsbewegung entwickelt sich rasant. Die ersten Untergrundkomitees sind ersten ins Leben gerufen worden! Gewerkschaften, Lehrer, Studenten, Medizinpersonal usw. solidarisieren sich mit der Bewegung! Ein Generalstreik wird das Genick des Regimes brechen und daraufhin muss gearbeitet werden. Die Massenproteste sind nicht auf einmal geboren, sondern sind das Ergebnis von vielen Streiks der Arbeiter, dem Studentenaufstand, dem Frauenwiderstand und der jahrelangen Unzufriedenheit der Bevölkerung!

Die Wahlfälschung war der letzte Tropfen!

Die Protestbewegung hat sich bis jetzt nicht einschüchtern lassen. Im ganzen Land skandieren die Demonstranten "Nieder mit der Diktatur dem Führer, dem Doktor (Ahmadinejad)", "Freiheit, Freiheit, Freiheit", "Freilassung aller politischen Gefangenen", "Putschisten tretet ab", "ich will meine Stimme zurück"! So bringen sie das System der Islamischen Republik ins Wanken.

**Hoch lebe die Protestbewegung im Iran!
Generalstreik der Arbeiter, Studenten,
Lehrer und Angestellten ist die richtige
Antwort!**

**Nieder mit dem kapitalistischen Regime
der islamischen Republik!**

Hoch die internationale Solidarität!

Partei der Arbeit Irans (Toufan), 21.6.09

**www.toufan.org
toufan@toufan.org**

www.kpd-net.de bzw. www.rotermorgen.de

ROTER MORGEN 2009

Iran: Zu den Wahlen und den anschließenden Protesten

Die Wahlen vom 12. Juni 2009 im Iran brachten zum Ausdruck, was schon lange bekannt war: Das politische System im Iran ist eine Farce und die Wahlen können daran nichts ändern. Seit der Wiederwahl von Mahmud Ahmadinedschad – mit angeblich 62,6 Prozent der Stimmen - sind permanent Tausende auf der Straße um gegen dieses falsche Wahlergebnis zu demonstrieren.

Der unterlegene Kandidat Mir Hossein Mussawi rief über das Internet immer wieder zu Kundgebungen gegen das Wahlergebnis auf und forderte Neuwahlen aufgrund des Wahlbetrugs. Nun stellte sich heraus, dass in 50 Städten mehr Stimmen abgegeben wurden, als es dort überhaupt Einwohner gibt.

Die Regierung hat immer wieder ein Demonstrationsverbot ausgesprochen und Kundgebungen mit Hilfe der Polizei und den Basiji (paramilitärische Miliz der Revolutionsgarden im Iran) blutig aufgelöst, die mit Motorrädern und Knüppel in die Demonstrationen gingen und in die Menge schossen. In den westlichen Medien wird alles so dargestellt, als wären die Menschen nur wegen Mussawi und der Wahl auf der Straße. Schon sprechen die Zeitungen von der "Revolution 2.0" oder einer "zwitternden Revolution".

Die Wahrheit ist aber, dass das iranische Volk nicht wegen Mussawi auf die Straße geht, sondern für seine Freiheit und um gegen das klerikale und reaktionäre Mullahregime zu kämpfen. Die Gewalt, die der iranische Staat gegen das Volk anwendet, wird von den Imperialisten instrumentalisiert, um den Druck auf den Iran zu erhöhen und eine Rechtfertigung für einen möglichen Krieg zu haben. Sie würden es fertig bringen, einen Angriff auf den Iran als "humanitäre Hilfe" darzustellen. Und auch wenn Obama sich nicht offen für ein solches Eingreifen ausspricht, hat der amerikanische Senat eine Resolution verabschiedet, die die Unterstützung der Regimegegner bekräftigt. Auch Merkel,

Steinmeier und andere Politiker haben während des EU-Gipfels in Brüssel den Iran aufgefordert, eine Nachprüfung des Wahlergebnisses durchzuführen. Wer ist überhaupt Mir Hossein Mussawi? Ist er ein politischer Führer, der Reformen im Interesse des iranischen Volkes durchführen kann? Nein, er selbst ist dem Mullah-System treu ergeben und wird die bisherige Politik im Wesentlichen sowohl innen- als auch außenpolitisch weiterführen. Mussawi war von 1981 bis 1989 Premierminister und während des Ersten Golfkrieges für die Propaganda verantwortlich. Unter ihm als Premierminister wurden zwischen 1981 und 1989 Tausende Kommunisten und Regimegegner brutal gefoltert und ermordet. Mussawi gehört zum Lager des alten Präsidenten Haschemi Rafsandschani, der offen eine Annäherung an die westlichen Imperialisten fordert. Mussawi steht nicht für eine Änderung der politischen Zustände im Iran. Er ist – ebenso wie Ahmadinedschad – ein Vertreter der Mullahs und der iranischen Kapitalisten. Das iranische Volk hat unter einem Präsidenten Mussawi nichts zu erwarten, als weiter von Armut, Drogen und staatlicher Repression gebeutelt zu werden.

Natürlich sprechen sich sowohl Merkel als auch Sarkozy offen für Mussawi aus, sind sie doch die Vertreter der Länder in der EU, die die meisten Handelsverträge mit dem Iran haben. Ein Präsident, der offener zugunsten der ausländischen Imperialisten Stellung bezieht, liegt eben auch im Interesse der deutschen und französischen Imperialisten.

Die wahre politische Macht im Iran liegt jedoch nicht beim Parlament oder dem Präsidenten, sondern beim Wächterrat, der von den Mullahs geführt wird, die gleichzeitig Eigner der größten Unternehmen und Banken sind. Die Mullahs verfügen über das iranische Öl und bereichern sich daran. Sie erlassen Gesetze oder nehmen sie zurück, sie suchen die Kandidaten für die Wahl aus. Es ist die Bourgeoisie, die im Iran unter dem Mantel des schiitischen Islams herrscht.

Das iranische Volk muss auf seine eigenen Kräfte vertrauen und mit allen angeblichen politischen "Heilsbringern" brechen, ob sie nun Ahmadinedschad oder Mussawi heißen.

In den Medien wird jetzt vermehrt das Bild von Neda Agha Setan gezeigt, einer 26-jährigen Studentin, die bei einer Demonstration von den Basiji hingerichtet wurde. Ihr Tod wird als "Symbol der

neuen Revolution" gesehen. In Amerika fanden an vieler Stelle Demonstrationen unter dem Motto "Tam Neda" statt. Die Demonstrationen wurden gemeinsam von den Demokraten und dem Iran Policy Committee organisiert. Diese Kräfte instrumentalisieren den Tod von Neda, um eine "Demokratisierung" im Interesse der Imperialisten durchzusetzen. Sie bestehen oft aus alten schatreuen Exilanten, die nach der Revolution von 1979 in die USA geflüchtet sind. Das Schahregime war ein tiefreaktionäres Regime, unter dem das iranische Volk brutal unterdrückt und das von den US- und britischen Imperialisten gestützt wurde.

Menschen wie Neda sind nicht für die reaktionäre Restauration des Schahregimes oder die Besetzung des Iran durch die Imperialisten wie im Irak auf die Straße gegangen, sondern für die Freiheit des iranischen Volkes: Freiheit vom reaktionären Mullahregime und Freiheit vom Imperialismus!

Für diese Freiheitswillen haben Neda und viele andere ihr Leben geopfert. Wenn wir eine Erfahrung aus der Bewegung des iranischen Volkes ziehen können, dann die, dass der Kampf des iranischen Proletariats und der werktätigen Massen für seine Freiheit unermüdlich ist und zum Sieg führen wird, auch wenn heute die marxistisch-leninistischen Kräfte noch schwach sind.

Das iranische Volk kann seine Freiheit nur erringen, wenn es unter der Führung der iranischen Arbeiterklasse die Macht erobert und mit allen Imperialisten bricht.

Es lebe der Kampf des Iranischen Volkes!

* * * * *



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

www.rote-hilfe.de

zentrales spendenkonto: kontakt:

rote hilfe e.v. rote hilfe bundesgeschäftsstelle
konto 191 100 462 postfach 3255, 37022 göttingen
postbank dortmund fon: (0551) 770 8008
blz 440 100 46 fax: (0551) 770 8009

Vor 20 Jahren erfolgte der Beitritt der DDR zur BRD. Viel wurde über diesen Beitritt geschrieben und auch heute feiert die Bourgeoisie, ihre Lakaien und Speichellecker diese "friedliche Revolution". Als Marxisten-Leninisten haben wir die Aufgabe, eine gründliche Analyse der Entwicklung der DDR durchzuführen. Eine Reihe von Studienmaterialien befindet sich zum Herunterladen auf der Home Page der KPD/ML: <http://www.kpd-ml.org/main.html>

Wir drucken zu dieser Problematik einen Artikel aus der Zeitung "Roter Morgen" Zentralorgan der KPD, Nr. 1 und 2/ 1992 erneut ab.

Kritiklosigkeit führt zum Revisionismus

Im Verlauf des Zerfalls der DDR sind Dokumente über innerparteiliche Vorgänge in der SED ans Tageslicht getreten, die es leichter machen, den Prozeß der revisionistischen Entartung zu untersuchen. In diesem Beitrag geht es vor allem um die Frage, warum 1953 niemand aus der Führung der SED sich offen dem ausbreitenden Revisionismus entgegenstellte, insbesondere Rudolf Herrnstadt nicht. Das Jahr 1953 war für das Schicksal des Sozialismus in der DDR entscheidend. Der 17. Juni legte alle Widersprüche offen und verlangte eine Entscheidung.

Sollte es so bleiben, daß "die Methode des nackten Administrierens... als die richtige und zulässige Hauptmethode der Partei (gilt)..." (Rudolf Herrnstadt, Politbüro-Sitzung der SED vom 9. Juni 1953) oder sollte "zur restlosen Entfesselung der Initiative aller Werktätigen, zur vollen Entfaltung der Demokratie. ... das Erbübel des 'Kommandierens' statt des Überzeugens,... alle Formen der Unterdrückung der Kritik bei Partei- und Staatsfunktionären ausgetrieben werden". (Rudolf Herrnstadt, Heraus mit der Sprache! Neues Deutschland vom 2.2.1952). Zieht man idealistische Übertreibungen wie "restloses Entfesseln" und "alle Formen... austreiben" ab, bleibt: Die Methode des Administrierens schließt nicht nur den Übergang zum Sozialismus aus, sondern tötet auch im Sozialismus die Vorwärtsentwicklung zum Kommunismus ab und damit den Sozialismus selbst.

Diktatur Ulbricht's

Personell konzentrierte sich die Entscheidung in Personen: Walter Ulbricht und Rudolf Herrnstadt, dem Chefredakteur des Neuen Deutschland.

Die Mehrheit des Politbüros der SED war im Juni/Anfang Juli 1953 für den Rücktritt Ulbrichts als Generalsekretär der SED. (Rudolf Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument, Reinbek 1990, S.126f.)

Sogar Oelssner sprach auf der Politbüro-Sitzung vom 9. Juni 1953 von der "Diktatur Ulbrichts", der "Erziehung zu Liebedienerei und Furcht" im Politbüro (nach Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument,

Reinbek 1990, S.64).

Herrnstadt nannte als Ulbrichts Schwächen: "Orientierung auf seine Person statt auf die Partei, mit allen ihren Folgen, der Lehnstreue, der Liebedienerei, der Unterdrückung der Kritik, der Schönfärberei usw." (S.106).

Auf der Sitzung des Politbüros am 7. Juli sprachen sich nur zwei Mitglieder eindeutig für den Verbleib Ulbrichts als Generalsekretär aus - Matern und Honnecker. Viele andere griffen seinen Führungsstil heftig an.

Es ging auch nicht nur um den Rücktritt, sondern auch um die Auflösung einer Organisationsstruktur, durch die sich Ulbricht die persönliche Herrschaft über die Partei sicherte.

Das Sekretariat des Zentralkomitees bestand damals neben den Politbüromitgliedern Ulbricht und Oelssner aus einer Reihe von Ulbricht ergebenden ZK-Mitgliedern. Eine kollektive Führung war mit diesem Sekretariat, das seit 1950 bestand, nicht möglich. (18 Jahre später verlangten alle Mitglieder des Politbüros die Absetzung Ulbrichts)

"Im Umgang mit den Genossen des Politbüros ist er oft grob, beleidigend und diskutiert von einer Position der Unfehlbarkeit." (Brief des SED-Politbüros an Breschnew vom 21.1.1971; in: Peter Przybylski: Tatort Politbüro, Berlin 1991, S.299 f.).

Sie sprechen von seinem "ohnehin schwierigen Charakter, kollektive Führung sei mit ihm nicht möglich".

Ulbricht rettet sich

Ulbricht beugte sich nicht dem Willen des Politbüros. Er ging zum Gegenangriff über. Das Politbüro mußte gespalten und eingeschüchtert werden, damit es die Kraft verlor, ihn abzusetzen.

Also erfand er die "Gruppe Zaisser/Herrnstadt" im Politbüro und dichtete ihr abenteuerliche Vorwürfe an. Ulbricht und seine Vasallen Oelssner und Matern warfen Herrnstadt Kapitulantentum vor.

"Wir hätten unsere Angiffe auf Walter Ulbricht im Politbüro auch fortgesetzt, als die Westpresse besonders scharf gegen ihn auftrat. Daraus folge, daß

wir unter dem Einfluß der Westpresse gestanden hätten". (Herrnstadt über ihre Angriffe auf ihn und Zaisser, S.141).

Ulbricht warf Herrnstadt Sozialdemokratismus vor, weil im "Neuen Deutschland" Forderungen der Streikenden unterstützt worden seien und "die Beschlüsse der Partei... als eine Erfüllung der Forderungen der Streikenden dargestellt wurden" (nach Herrnstadt, S.160).

Ulbricht warf Herrnstadt vor, ein Interview mit dem Justizminister Fechner im "Neuen Deutschland" veröffentlicht zu haben, in dem dieser eine Bestrafung von Streikführern und Streikenden nur aufgrund von Verbrechen wie Brandstiftung, Raub, Mord usw. zusagte.

Ulbricht wußte aber, daß der Druck des Interviews gegen den Willen des "ND" vom Presseamt des Ministerpräsidenten Grotewohl erzwungen worden war. (Herrnstadt S. 145 f.)

Dieses Vorgehen von Ulbricht und Co. signalisierte jedem: Wer es wagt, mich zu kritisieren, der wird kaltgestellt. **Ulbricht wollte nicht Diener der Partei, sondern ihr Herr sein.**

Die Verletzung der innerparteilichen Demokratie, die Intrigen usw. spiegelten wieder, daß er letztlich auch schon eine Herrschaftsstellung über die Arbeiterklasse eingenommen hatte.

Die Angriffe auf Herrnstadt und Zaisser zeigten den anderen Politbüro-Mitgliedern: wenn ihr nicht kuscht, ergeht es euch ebenso. Reaktion: "Die große Mehrheit des Politbüros war schweigend gefolgt" (S. 143) und "auch in dieser Situation (dem Plenum des ZK vom 24.-26.Juli 1953, RM) lehnte die Mehrheit des Politbüros es ab, gegen Zaisser und mich Stellung zu nehmen." (S.169)

Aber ihn zu verteidigen bzw. Ulbricht anzugreifen, wagte keiner.

Herrnstadt gibt auf

Kein Mitglied des Politbüros wagte es, vor dem obersten Organ der Partei, dem Zentralkomitee, seine Meinung über die Notwendigkeit des Rücktritts von Ulbricht zu sagen. Niemand dachte daran, das ZK als "höchstes Organ der Partei" anzuerkennen, das "ihre gesamte Tätigkeit (leitet)" (Statut der SED Abschnitt 40).

"Daß ich von dem wirklichen Hergang dem Plenum nicht erzählen konnte, stand von vornherein fest." (Herrnstadt, S.158) Er nannte dafür zwei Gründe: Erstens war es gängige Praxis, dem ZK nur solche Tatsachen mitzuteilen, die dem imperialistischen Gegner bekannt werden durften.

Wie hatte Herrnstadt früher über die Hindernisse für Kritik und Selbstkritik geschrieben:

"Argumentationen, wie 'Der Gegner hört mit, er könnte dies und das benutzen',... seien fast überwunden." (ND 13.2.1952). Im Gegenteil, sie prägten vielmehr die gesamte Arbeit des Politbüros und auch seine.

Zweitens fürchtete er eine Spaltung des Zentralkomitees, wenn er offen gesprochen hätte. Ob sich die SED in eine Partei von Bürokraten und Liebedienern unter der Herrschaft eines eitlen, intriganten Generalsekretärs verwandelte oder nicht, war für ihn nicht so entscheidend wie die Einheit der Partei. Die Einheit stand über den Prinzipien des Marxismus. Sie war zum Korpsgeist, zum Ausdruck der Cliqueswirtschaft geworden. Seine Meinung zu verteidigen, hätte er als Angriff auf die Einheit der Partei, als Fraktionismus, als Überheblichkeit empfunden.

"Zahlreiche Genossen," schrieb Herrnstadt ein Jahr vorher, "auch solche in leitenden Parteifunktionen, sind noch nicht bereit, für ihre als richtig erkannte Meinung einzustehen und Kämpfe auf sich zu nehmen, ohne Ansehen der Person." (ND 12.2.1952) Auch er selbst nicht, zumindest nicht in der Stunde der Entscheidung. Die Partei hat immer recht, war sein Leitsatz. Und so war auch berechtigte Kritik an ihr schädlicher als seine eigene ungerechtfertigte Verurteilung.

Herrnstadt strengte sich an, Zweifel von Arbeitskollegen, Genossen und Bekannten an seiner Verurteilung durch die Parteiführung zu zerstreuen und sie zur Loyalität mit der Partei aufzufordern.

Er sagte, "es könne auch mir persönlich nichts Schlimmeres passieren, als das die Menschen der Partei nicht glauben". (S. 186) Die vermeintlichen Interessen der Partei, egal was sie tat, standen für ihn über den Interessen der Arbeiterklasse. Sein ganzer Kampf gegen Bürokratismus und Administrieren war dem blinden Vertrauen in die Partei untergeordnet, auch als diese sich in ein Instrument der Herrschaft über die Arbeiterklasse verwandelte. Er handelte deshalb letztlich nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern unterwarf sich.

In Sinne der Selbstunterwerfung stimmte Herrnstadt auf dem Plenum des ZK auch seiner Verurteilung als Vertreter des Sozialdemokratismus und einer parteifeindlichen Fraktion zu, "weil mir der Gedanke, gegen das Plenum zu stimmen, nicht vorstellbar war." (S. 183)

Genauso der Vorsitzende der Zentralen Parteikontrollkommission, Hermann Matern, ein Komplize Ulbrichts: "Ich könnte doch nicht annehmen, daß ich klüger sei als das ganze Plenum. Darin zeige sich meine Überheblichkeit". (S.173)

Kurioserweise muß man ihm - allerdings in einem anderen Sinne - deshalb tatsächlich Sozialdemokratismus vorwerfen. Sozialdemokratismus hatte Herrstadt selbst als "unkämpferische Haltung" (ND, 3.12.1952) und "Ausdruck einer defätistischen, bürokratischen Einstellung, die zu Initiativlosigkeit und revolutionärem Apatismus (Abwarten) führe", bezeichnet.

Und in genau diese Haltung war er verfallen. Er war nicht in der Lage, seine Forderung, "alle Erscheinungen des Lebens, einschließlich unserer im fortschrittlichen Sinne weiterzuentwickeln" (ND, 11.3.1952), an sich selbst zu erfüllen.

Kritiklosigkeit und fehlende Selbstkritik prägten sein Verhalten gegenüber Ulbricht und der von ihm beeinflussten Partei nach dem 17. Juni.

Unterwerfung unter die Sowjetunion

Ein absolutes Hindernis für ihn war ferner die Zustimmung der KPdSU zu seiner Verurteilung. Er konnte sich nicht vorstellen, etwas gegen die Sowjetunion zu sagen. Was auch immer die Sowjetunion erklärte, es mußte richtig sein, ob er es verstand oder nicht.

Da seine Verurteilung mit der Führung der KPdSU abgestimmt war, akzeptierte er sie. "Ich klammerte mich daran, daß es auch in dieser Lage, und gerade in ihr, gewisse unverrückbare Werte geben müsse, und einen von ihnen sah ich darin, daß mein Einstehen für die Interessen der Sowjetunion, gänzlich unabhängig vom Verhalten ihrer Funktionäre zu mir, unverändert bleibt." (S.162f.)

Er war bereit, sich zu unterwerfen und alle seine Einsichten, seine Selbständigkeit, sein Denkvormögen über Bord zu werfen, wenn "die Sowjetunion", d.h. ihre jeweiligen Vertreter, es verlangten. Seine Haltung gegenüber der Sowjetunion spiegelte die Schwäche der revolutionären Kräfte in der DDR wieder, die nur eine Minderheit der Arbeiterklasse hinter sich wußte. Sie spiegelte auch die Dankbarkeit gegenüber einer Kraft wieder, die den deutschen Kommunisten in ihrem Kampf gegen den Faschismus und bei der Übernahme der Macht in einem Teil Deutschlands entscheidend geholfen hatte.

Aber wenn der Respekt zum Dogma wird, wenn die eigene kommunistische Verantwortung, alles selbst zu prüfen, ersetzt wird durch blindes Vertrauen, wird die revolutionäre Entwicklung, nicht mehr gefördert, sondern abgetötet.

Beseitigung der Demokratie

Herrstadt war unfähig an der Spitze des Kampfes gegen den Bürokratismus zu stehen, weil er bestimmte Prinzipien dogmatisierte, statt sie dialek-

tisch zu verstehen.

Die Einheit der Partei ist notwendig, genauso wie die Disziplin. Aber sie darf nicht auf blinder Unterwerfung und auf Gefolgschaftstreue, d.h. auf Merkmalen der alten Gesellschaft beruhen, sondern auf bewußter Einsicht, Freiwilligkeit und dem Bewußtsein der persönlichen Verantwortlichkeit, also auf Merkmalen des Kommunismus.

Das aber setzt Diskussion, Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen voraus. Diese schaden nicht etwa der Einheit der Partei, sondern nutzen ihr, weil sie die bewußte Erarbeitung, Aneignung und Umsetzung von Beschlüssen ermöglicht.

Erst in Diskussionen, im Austausch von Meinungen ergibt sich ein möglichst vollständiges Bild der Realität und der richtigen Praxis. Seine Meinung vor der Partei nicht zu sagen, führt zu einer Schwächung der Partei. Die Einheit der Partei kann nur "absolut" sein bzw. scheinen, wenn sie auf der Unterdrückung des Denkens der Mitglieder beruht.

In Wirklichkeit ist sie immer relativ, ein Produkt einer relativen Einigung nach der Austragung von Widersprüchen. Das kann bei der Begrenztheit des menschlichen Wissens und auf dem Boden einer Klassengesellschaft nicht anders sein. Die Einheit der Partei muß auf einer revolutionären Grundlage stehen, auf dem Kampf für die Perspektive des Kommunismus d.h. der Selbstregierung und Selbstverantwortung der Menschen.

Außerhalb dieser Perspektive ist die Einheit der Partei ein Instrument zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Zerstörung der kommunistischen Perspektive. Das Interesse der Arbeiterklasse daran, daß die Partei ein Instrument ihrer Emanzipation bleibt, steht höher als eine mögliche Spaltung der Partei.

Herrstadts Kapitulation und sein Verfall als Kommunist zeigen, daß dieses Parteiverständnis gründlich zerstört werden muß, um überhaupt der Entartung einer kommunistischen Partei entgegenzusteuern.

Durch die Verabsolutierung der richtigen Haltung, die Partei, die Einheit der Partei und die Sowjetunion zu verteidigen,

wurde aus einem Kritiker des Bürokratismus ein Helfershelfer des Bürokratismus. Aus einem Kritiker der Mißachtung der Kritik von unten, einem Kritiker der Verletzung kollektiver Führung in der Partei, wurde ein Helfershelfer der Unterdrückung der Kritik, ein Helfershelfer der Errichtung einer persönlichen Diktatur durch Ulbricht über die Partei.

Herrnstadts Parteiverständnis führte dazu, daß er jede persönliche Verantwortung für den Aufbau des Sozialismus abgab. Gerade das aber ist ein Muttermal der alten Gesellschaft - Verantwortung an andere abzugeben, sich ohne Einsicht zu unterwerfen.

Herrnstadt wurde genau das, was er nicht werden wollte: ein Apparatschik, der nicht daran interessiert war, sich auf die werktätigen Massen, nicht einmal auf die Masse der Parteimitglieder zu stützen.

Eine Analyse des Scheiterns von Herrnstadt ist auch heute für unsere Partei von Bedeutung. Persönliche Verantwortlichkeit, Durchdenken einer Sache bis zum Ende, Kritik, aber auch selbstkritisches Herangehen und ständige Überprüfung der eigenen Praxis; nicht die Bindung an höhere Wesen und übergeordnete Instanzen, die schon recht haben werden, bzw. die Unterwerfung unter unverstandene Glaubenssätze; das zeichnet Kommunisten aus. Nur auf dieser Basis wird die notwendige Disziplin eine bewußte Disziplin, die notwendige Einheit eine bewußte Einheit und das notwendige Vertrauen in die Führung der Partei kein blindes Vertrauen sein. (Alle Zitate von Herrnstadt, soweit nicht anders angegeben, aus: Helmut Müller-Enbergs, *Der Fall Rudolf Herrnstadt*, Berlin-Ost, Mai 1991).

* * *

Glosse: Ein Denkmal für Honnecker...?

Die Machthaber in Berlin sind undankbar. Daß ihnen die DDR wie ein überreifer Apfel in den Schoß fiel, haben sie doch Honecker und seinen politbürokratischen Mitspielern zu verdanken. Schließlich waren sie es, die die DDR sturmreif regiert haben. Man stelle sich vor, ein westlicher Geheimdienst hätte einige Agenten ins SED-Politbüro geschickt mit dem Auftrag, die DDR zu destabilisieren, die sozialistische Idee gründlich zu diffamieren und Illusionen über den Kapitalismus zu befördern. . Was hätten sie Besseres tun können, als die Wirtschaft so zu reglementieren, daß sie immer uneffektiver wurde, den Staat hoch zu verschulden und von ausländischen Kreditgebern abhängig zu machen, die Leute mit banalen Angebotslücken zum Verzweifeln zu bringen, das Volk mit Schönfärberei zu belügen und mit Phrasen anzuöden?

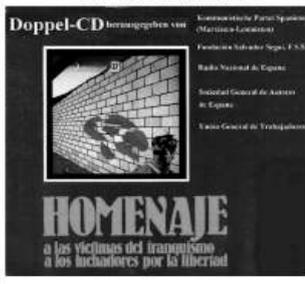
Was haben denn G. Mittag und J. Herrmann anderes getan? Und hat sich E.H. mit seiner geistlosen Selbstherrlichkeit und Selbstgefälligkeit nicht die größte Mühe gegeben, dem Volk alle sozialistischen Hoffnungen auszutreiben? So gründlich wie er hätte das kein Gift und Galle speiender Westkommentator und kein noch so viel versprechender Kanzler vermocht.

Statt den einst Hofierten jetzt wie einen Besiegten nach antiker Sitte im Triumphzug vorzuführen, müßte man ihm und den Seinen das Bundesverdienstkreuz postum anhängen - mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten.

Sie haben es verdient. Für den Imperialismus leisteten sie ganze Arbeit!



Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede Einzel-DC kostets 5 €, jede Doppel-DC 8 €, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**
Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17.Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam
Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

☛ **Ernst Aust:** Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

☛ **Aktuell:** Zionismus - Todfeind der Völker

☛ **Aktuell:** Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution
☛ Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

**H. Polifka, Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin

(als Broschüre 3 €)

nur noch in wenigen Exemplaren:

Herbert Polifka: Die unbekannte Opposition in der DDR (159 Seiten) Preis: 18 €



☛ **Neu:** 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: 4 € incl. Porto

Wer ist die KPD/ML ?

Die KPD/ML wurde zu Silvester 1968 unter Führung von Genossen Ernst Aust im Kampf gegen den Revisionismus gegründet. Nach dem Verrat der Führung der illegalen KPD reorganisierte Ernst Aust die Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus und stellte sie wieder in die Tradition der von Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Ernst Thälmann gegründeten bzw. aufgebauten KPD. Unter der Führung von Ernst Aust wuchs die Partei und gewann vor allem in den Großbetrieben Westdeutschlands beträchtlichen Einfluß. Ernst war auch maßgeblich beteiligt an der Erstellung des Programms der Partei auf kommunistischer und revolutionärer Grundlage. Unter Genossen Ernst Aust wurden auch die Sektionen der KPD/ML in Westberlin und in der DDR gegründet, hier in strengster Illegalität. Trotzdem gelang es dem Stasi, eine Anzahl von Spitzeln in die KPD/ML (Sektion DDR) einzuschleusen und eine Reihe Genossen jahrelang in Haft zu nehmen, weil sie gegen den Verrat der SED am Kommunismus kämpften.

Ende der 70er Jahre befreite sich die KPD/ML dabei von den maoistischen Kinderkrankheiten. Anfang der 80er gelang es einer Gruppe von neusozialdemokratischen Karrieristen - vor allem Studenten, die in die Betriebe gegangen waren und aufgrund ihrer Beredsamkeit jetzt dort Karriere machten - die Partei zum großen Teil zu liquidieren.

Der Wiederaufbau war dadurch objektiv sehr schwierig, bis schließlich wieder ein fester kommunistischer Kern geschmiedet war. Erschwert wurde die Arbeit auch dadurch, daß

in dieser kritischen Phase Genosse Ernst Aust verstarb.

Die KPD/ML ist eine Partei der Arbeiterklasse, sie stützt sich auf die praktischen Erfahrungen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Sie tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Arbeiterklasse und alle Lohnabhängigen ihre Arbeitskraft nicht länger als Lohnsklaven an die Kapitalisten verkaufen müssen, sondern als freie Mitglieder der Gesellschaft die Produktion und ihr Leben selbst gestalten können.

Um zu dieser klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu gelangen, muß die Diktatur der Bourgeoisie gestürzt werden. Die KPD/ML unterstützt alles - auch jede Reform - was diesem Ziel dient.

Dazu ist die Einheit der Arbeiterklasse, der deutschen und der ausländischen Arbeiter, die Loslösung von den reformistischen politischen und gewerkschaftlichen Führern notwendig.

Dringend muß die Einheit der Marxisten-Leninisten und aller Revolutionäre gefördert werden. Die KPD/ML beteiligt sich an allen Aktionseinheiten, theoretischen Diskussionsforen, internationalen Beziehungen, die dem Interesse der Arbeiterklasse und dem Kommunismus dienen.

Der Reformismus hat durch die Kapitalentwicklung immer weniger Spielräume. Der Aufbau einer revolutionären Alternative in Deutschland ist dringender denn je.

* * *

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisation der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum ersten mal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)